

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
29. März 1909

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit  
sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Zunel), Wilhelmshöhe,  
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Etwas von der Verelendungstheorie. Von M. C. — Der Weg der kapitalistischen Wirtschaft. Von W. D. — Frauen- und Kinderarbeit in Sachsen. II. Von H. F. — Die Jugendbibliotheken. Von Gustav Hennig. — Konfessionelle Arbeiterinnenorganisationen. — Von der österreichischen Arbeiterinnenbewegung. Von a. p.  
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Nombach. — Die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen betreffend den Kinderschutz. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Vom Kampfplatz der Textilarbeiter im Eulengebirge. Von ed.  
Notizenteil: Dienstoffenergie. — Frauenstimmrecht. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Die Frau in öffentlichen Ämtern. — Frauenbildung.

## Etwas von der Verelendungstheorie.

Einer der Haupteinwände, den unsere Gegner wider die wissenschaftlichen Grundlagen des Sozialismus erheben, ist der folgende. Sie sagen, daß der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx, behauptet habe, die fortschreitende kapitalistische Wirtschaftsweise ließe den Arbeiter in immer tieferes Elend versinken. Triumphierend weisen unsere Widersacher darauf hin, daß dies gar nicht wahr sei, da die Lage der Arbeiter sich in den letzten Jahrzehnten gehoben habe: ihr Einkommen sei gestiegen, wie ihre Bildung; sie seien gesünder geworden und lebten in besseren Wohnungen und was dergleichen Dinge mehr sind. Damit sei, so erklärten sie weiter, ein Hauptgrund in Fortfall gekommen, der zur unbedingten Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise führen solle.

Sehen wir einmal zu, ob die Beweise der Gegner richtig sind, oder ob diese — entweder in böser Absicht oder aber auch, weil sie die Sache nicht richtig verstehen — die Angelegenheit auf ein ganz falsches Gebiet zu führen suchen, um auf diese Weise das Proletariat zu täuschen.

Wir wollen von vornherein zugeben, daß sich die Lage der Arbeiter im großen und ganzen etwas gebessert hat. Das ist aber nicht geschehen, wie unsere Gegner so gern daherreden, durch die Fürsorge des Staates, der Gemeinden und der Unternehmer, sondern nur deshalb, weil die Arbeiterschaft sich in sehr großer Zahl gewerkschaftlich organisiert und auf politischem Gebiet sich als sozialdemokratische Partei zusammengeschlossen hat. Schritt für Schritt bringt das organisierte Proletariat vor, um die kleinsten Verbesserungen durchzusetzen, und wenn nicht die kämpfenden Arbeiterscharen wären, so würde es dem Staate, der Gemeinde und den Unternehmern gar nicht einfallen, etwas für die Arbeiter zu tun. Alle Verbesserungen also müssen erst durch die Macht der Organisationen erzwungen werden. Außerdem sind sie jedoch nicht einmal groß: das scheint nur so.

Was muß zum Beispiel Arbeitern und Arbeiterinnen der höhere Geldlohn, den sie erhalten, wenn sie für alle Lebensbedürfnisse mehr ausgeben müssen als früher. Mögen sie Fleisch, Brot, Gemüse, Obst, Milch, Kohlen, Petroleum, Kleider

und sonst etwas kaufen oder sich eine Wohnung mieten: für alles müssen sie mehr Geld ausgeben; sie können sich daher auch im günstigsten Falle nur wenig mehr leisten als früher, trotzdem ihr Einkommen gestiegen ist. Wie sehr das zutrifft, kann jede Arbeiterin und jede Arbeiterfrau in den jetzigen teuren Zeiten am eigenen Leibe spüren.

Aber wenn sich der Wohlstand der Massen auch nur so wenig gehoben hätte, wie wir es vorhin zugestanden haben: Karl Marx würde mit seiner sogenannten Verelendungstheorie unrecht haben, wenn sie von ihm so aufgestellt worden wäre, wie unsere Gegner sie auslegen.

Es ist Marx gar nicht eingefallen, zu schreiben, daß das Elend der Arbeiter absolut stiege. (Absolut steigen heißt für sich allein betrachtet steigen, es will in unserem Falle besagen, daß die Summe des Elends beispielsweise im Jahre 1880 größer sein mußte als 1870; 1890 wieder größer als 1880; 1900 ebenfalls wieder größer als 1890; 1910 mußte sie die des Jahres 1900 übertreffen usw. Alle zehn Jahre oder auch nach einem beliebigen bestimmten Zeitraum mußte die Menge des Elends für den Proletarier sichtbar größer geworden sein und immer weiter steigen.) Der Satz von Marx, um den es sich handelt, spricht etwas ganz anderes aus, nämlich: daß dem Kapitalismus die Tendenz innewohne, das heißt daß er das Bestreben habe, daß er sich in der Richtung bewege, das Elend größer zu machen.

Daß Marx seine Worte in diesem Sinne gemeint hat, sieht jeder bei geringem Nachdenken ein. Die betreffende Stelle aus dem „Kapital“, dem großen Lebenswerk von Karl Marx, lautet wörtlich: „Es wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber,“ so fährt Marx dann weiter fort, „auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiter.“ Der zweite Teil des Satzes wäre sinnlos (und Marx hat nie Sinnloses geschrieben), wenn er nicht zum Ausdruck bringen sollte, daß eben durch die Empörung der organisierten Arbeiter, dem Bestreben des Kapitalismus, den Proletarier zu verelenden, entgegengewirkt werde.

Da Marx weiterhin (auf derselben und der folgenden Seite) schreibt, daß die kapitalistische Hölle des Produktionsprozesses von den organisierten Proletariern „gesprengt“ werde, so ist es sicher, daß er von dieser Gegenwirkung gegen das Elend auch Erfolg erwartete. Denn: wer nachher das Ganze sprengen soll, muß vorher imstande sein, das Elend zu vermindern, in das ihn zu treiben der Kapitalismus die Tendenz hat.

Es gibt aber noch eine andere Stelle aus Marx' Werken, aus der unwiderleglich hervorgeht, wie die „Verelendung“ gemeint war. In seiner kleinen Schrift „Lohnarbeit und Kapital“ (die wir sehr zum Studium empfehlen) sagt Marx über die Lage der Arbeiter, wenn ihr Lohn wächst:



„Ein Haus mag klein sein; solange die es umgebenden Häuser ebenfalls klein sind, befriedigt es alle gesellschaftlichen Ansprüche an eine Wohnung. Erhebt sich aber neben dem kleinen Hause ein Palast, so schrumpft das kleine Haus zur Hütte zusammen. Das kleine Haus beweist nun, daß sein Inhaber keine oder nur die geringsten Ansprüche zu machen hat. Und es mag im Laufe der Zivilisation noch so sehr in die Höhe schießen, wenn der benachbarte Palast in gleichem oder gar höherem Maße in die Höhe schießt, wird der Bewohner des verhältnismäßig kleinen Hauses sich immer unbehaglicher, unbefriedigter, gedrückt in seinen vier Pfählen finden.“ Und weiter heißt es:

„Obgleich also die Genüsse des Arbeiters gestiegen sind,<sup>1</sup> ist die gesellschaftliche Befriedigung, die sie gewähren, gefallen im Vergleich mit den vermehrten Genüssen des Kapitalisten.“

Unsere Bedürfnisse und Genüsse entspringen aus der Gesellschaft, wir messen sie daher an der Gesellschaft, wir messen sie nicht an den Gegenständen ihrer Befriedigung. Weil sie gesellschaftlicher Natur sind, sind sie relativ<sup>2</sup> Natur.“

Das heißt mit anderen Worten: Wenn man das Viel oder Wenig dessen, was bestimmte Menschen sich leisten können, beurteilen will, so muß man es messen an den gesamten Lebensgewohnheiten und Bedürfnissen der Zeit, in der diese bestimmten Menschen leben. Ob also die Gesamtlage der Arbeiter sich verbessert oder verschlechtert, kann nur dadurch festgestellt werden, daß man untersucht, in welchem Umfang die Lage der Besitzenden sich gehoben oder gesenkt hat, das heißt man muß die beiden Lagen miteinander vergleichen. Diese Betrachtungsweise nennt man (im Gegensatz zur absoluten) die relative, und sie ist die einzige, die wissenschaftlichen Wert besitzt.

Wenn wir diese Betrachtungsweise anwenden, so ergibt sich, daß der Wohlstand des Besitzenden in viel höherem Maße zunimmt als der des Proletariats, dieser also im Vergleich mit dem Kapitalisten nicht in die Höhe kommt. Jahr für Jahr bestätigt die Steuerstatistik diese Tatsache, und etwas anderes hat auch Marx weder gesagt, noch sagen wollen. Wir sehen also: Das, was unser Altmeister als ein dem Kapitalismus innewohnendes Gesetz erkannt hat, ist richtig: die Lage der Arbeiter verschlechtert sich andauernd im Vergleich zu der Lage der Kapitalisten, weil deren Einkommen in schnellerem Tempo, in größerem Maße wächst als das der Proletariats, es findet also eine relative Verelendung statt. Das läßt sich mit keiner Kunst fortdisputieren: es bleibt dabei. Aber nicht ewig wird es dabei bleiben. Wenn erst der Mahnruf desselben Karl Marx: „Arbeiter aller Länder vereinigt euch!“ zur Wirklichkeit geworden ist, dann werden auch die Fesseln des Proletariats fallen. An die Stelle der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen tritt die Gemeinsamkeit, die Solidarität aller, die zu ungeahntem Wohlstand, zu hoher Kultur für alle führen wird. Das ist das Ziel des organisierten, klassenbewußt kämpfenden Proletariats, und dieses Ziel wird es erreichen! M. C.

## Der Weg der kapitalistischen Wirtschaft.

Allen Marx „Vernichtern“ und „Korrektoren“ zum Trost geht die wirtschaftliche Entwicklung ihren durch die Gesetze des Kapitalismus vorgezeichneten Weg. Sie zwingt ein immer größeres Heer Proletariats in den kapitalistischen Frondienst, zerreißt die heilig gepriesenen Familienbände, macht schnell wachsende Scharen von Kindern und Frauen zu Lohnslaven, vermindert den Anteil der Selbständigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen und läßt auf der anderen Seite das ausbeutende Kapital in immer weniger Händen sich zusammen-

ballen, läßt industrielle Riesenbetriebe erstehen, die ihre Polypenarme über die ganze Welt ausstrecken.

Besonders in Preußen, der Domäne politischer Herrschaft der Junker, hat die industrielle Konzentration und ihr Gegenstück, die Proletarisierung, im letzten Jahrzehnt gewaltige Fortschritte gemacht. Den zahlenmäßigen Nachweis dafür bieten die Ergebnisse der Betriebszählung vom 12. Juni 1907, die in ihren Hauptresultaten nun vorliegen. Die charakteristischsten, scharf hervortretenden Merkmale sind diese:

Eine weit über die Bevölkerungszunahme hinausgehende Erweiterung des Kreises der Erwerbstätigen;

ein Zuströmen weiblicher Arbeitskräfte zur Erwerbsarbeit, das diesen Steigerungsgrad wiederum weit überflügelt;

eine Verminderung der von der Landwirtschaft lebenden Bevölkerung und eine Zunahme der nichtlandwirtschaftlichen Volksschichten;

schließlich ein relativer, teilweise sogar ein absoluter Rückgang der Selbständigen.

Wir machen darüber die folgenden Angaben, wobei die Ergebnisse der letzten Zählung mit denen aus dem Jahre 1895 in Vergleich gesetzt sind. In dem Zeitraum von zwölf Jahren stieg die Einwohnerzahl Preußens von 31 490 315 auf 37 989 893 oder um **20 1/2 Prozent**. Der Kreis der Erwerbstätigen im Hauptberuf erweiterte sich von rund 12 Millionen auf rund 16 Millionen Personen; das macht **33 1/2 Prozent** aus. Berücksichtigt man nur die gewerblich Tätigen, so ergibt sich eine prozentuale Steigerung von **43 1/2 Prozent**. Demnach entfällt der größere Teil des Zuwachses auf die hauptberuflich Erwerbstätigen in gewerblichen Unternehmen. Die Zahl der „Dienenden für den häuslichen Dienst“, wie es in der amtlichen Statistik heißt, hat eine Verminderung von 835 100 auf 812 147 erfahren. Zugenommen hat die Zahl der berufslosen Selbständigen, und zwar von 122 598 auf 206 764. Das Mehr stellen zum größten Teile Invaliden- und Altersrentner. Eine soziale Bedeutung hat demnach die hier eingetretene quantitative Verschiebung nicht. Etwas anderes ist es mit der Veränderung in dem Stärkeverhältnis zwischen männlichen und weiblichen Berufstätigen.

Der Zuwachs der männlichen Bevölkerung macht 21,4 Prozent aus; die weibliche Einwohnerschaft vermehrte sich um nur 19,9 Prozent. Trotzdem ist die weibliche Arbeitskraft an der Zunahme der Erwerbstätigen prozentual erheblich stärker beteiligt als die männliche. 1895 waren von je 100 der männlichen Bevölkerung 59,63 hauptberuflich erwerbstätig, 1907 war dieser Anteil auf 60,06 gestiegen; für die weibliche Bevölkerung jedoch ergibt sich eine Anteilssteigerung von 17,45 auf **24,44** oder in absoluten Zahlen von 2 1/2 Millionen auf 4 1/2 Millionen der hauptberuflich Erwerbstätigen. Von der Gesamtzunahme der hauptberuflich Erwerbstätigen, die rund 4 Millionen ausmacht, entfallen mithin **1,9 Millionen** auf das weibliche Geschlecht.

Unterfucht man, wie sich die unselbständigen berufstätigen Frauen auf die verschiedenen Erwerbsgruppen verteilen, und in welchem Verhältnis sie in diesen vertreten sind, so ergeben sich folgende Resultate: In der Landwirtschaft stieg die Zahl der Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten von 1 280 672 auf **2 555 525**, gleichzeitig sank hier die Zahl der männlichen Arbeitskräfte von 2 096 084 auf 1 963 726; in Industrie und Gewerbe ging die Zahl der weiblichen unselbständigen Arbeitskräfte von 489 787 auf **734 869** in die Höhe, die der männlichen erfuhr eine Steigerung von 3 138 954 auf 4 767 462; in Handel und Verkehr nahmen die weiblichen unselbständigen von 205 413 auf **377 555** zu, die männlichen von 665 955 auf 1 088 325; für die in wechselnder Lohnarbeit beschäftigten Frauen und Mädchen wurde eine Vermehrung von 148 377 auf **209 508** verzeichnet, während die in Frage kommenden Männer ein Sinken ihrer Zahl von 155 753 auf 112 830 zu buchen hatten. Prozentual nahm in diesen Gruppen die Zahl der Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten um **81 Prozent** zu, während die der männlichen Beschäftigten eine Vermehrung von nur 31 Prozent erfuhr.

<sup>1</sup> Weil sein Lohn gestiegen ist.

<sup>2</sup> Dessen Einnahmen noch viel mehr gestiegen sind.

<sup>3</sup> Relativ = verhältnismäßig, im Vergleich mit anderem; das Gegenteil von absolut.



Unzweifelhaft ist mit dieser gewaltigen Steigerung des Anteils, den die Frauen am Erwerbsleben nehmen, die weibliche Arbeitskraft ein für den Arbeitsmarkt und die Gütererzeugung, damit aber auch für die Arbeiterbewegung, bedeutungsvoller Faktor geworden. Dieser Faktor kann nicht leicht überschätzt werden, erfährt aber vielfach noch zu geringe Würdigung. Angesichts der vorliegenden Zahlen, dieser Schrittmesser der wirtschaftlichen Entwicklung und sozialen Umwälzung, angesichts der sich in ihnen offenbarenden kapitalistischen Gier nach weiblicher Arbeitskraft, muß endlich die Gewohnheitsphrase der Spießer: die Frau gehört ins Haus! verstummen. Sie wird sonst zur bewußten Heuchelei, die den Zweck hat, der Frau ihr volles Recht in der Familie wie im Staatsleben auch weiterhin vorzuenthalten.

Das andere hervorstechende Merkmal, das den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung kennzeichnet, ist die Verschiebung zwischen Landwirtschaft einerseits, Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr andererseits. Obwohl die Landwirtschaft ihr Tätigkeitsgebiet vielfach durch Angliederung eigentlich gewerblicher Betriebe — zum Beispiel Brennereien, Zuckersfabriken usw. — erweitert hat, ist ihr Anteil an dem Zuwachs der Erwerbstätigen absolut und relativ hinter dem der übrigen Gruppen zurückgeblieben. Während die Zahl der Erwerbstätigen überhaupt — Erwerbstätige im Hauptberuf, Beamte, Angehörige der freien Berufe, Rentner usw. — von 13242253 auf 18038389, also um 4796136 oder um 34 1/4 Prozent stieg, erwuchs der Landwirtschaft eine Erweiterung ihres Personalkreises von 4782255 auf nur 5876841; das ist eine Zunahme von 1094586 Personen, gleich 23 Prozent. Der Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung erscheint noch deutlicher, wenn man die Berufszählung von 1882 zum Vergleich heranzieht. Auf die Gruppe „Landwirtschaft“ entfallen nämlich von je 100 der Bevölkerung nach der Zählung von 1882 49,55, nach der Zählung von 1895 nur noch 41,89 und nach der von 1907 nur noch 33,83. Seit 1882 ist demnach der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamteinwohnerzahl von der Hälfte auf rund ein Drittel zurückgegangen, während der Anteil der anderen Erwerbsgruppen von 50 Prozent auf über 66 Prozent hinausging. Aber dank der Jämmerlichkeit des Bürgertums und seinem Haß gegen das aufsteigende Proletariat regiert in Preußen nicht nur immer noch das Junkertum, sondern dessen politische Macht, die es wirtschaftlich ausgezeichnet auszunutzen versteht, ist sogar noch gewachsen und liegt wie ein drückender Alp auf dem gesamten Leben Preußen-Deutschlands.

Die bisher umrissenen Entwicklungsergebnisse besagen noch nichts über die eingangs betonte industrielle Konzentration. Die Resultate der Betriebszählung könnten sogar zu dem Urteil verführen — und das haben sie bei Marx-Korrektoren ja auch getan —, die Konzentration vollziehe sich nur im Schneckentempo, die Klein- und Mittelbetriebe behaupteten sich gegen die Großindustrie mit erstaunlicher Fähigkeit. Man las bereits solche Betrachtungen. Zu ihrer Begründung wurde bemerkt: Die Gruppe der Betriebe mit 2 bis 10 Personen habe sich stärker vermehrt als die Gesamtbevölkerung. Dieser „schlagende Beweis“ beweist gar nichts. Nach den jetzt vorliegenden Ausweisen über die Zahl der Selbständigen ist die konstatierte Tatsache lediglich ein Beleg für eine starke Konzentrationsbewegung. Trotz Zunahme der Betriebe — die gewerblichen Betriebe nahmen zu von 1990250 auf 2201366, also um 211116 oder um 10,6 Prozent — ist die Zahl der Selbständigen in der Landwirtschaft und in der Industrie **absolut gesunken!** Die landwirtschaftlichen Betriebe haben wohl um 92018 zugenommen, aber die Zahl der Selbständigen in der Landwirtschaft ist von 1209325 auf 1184789 oder um 34 416, gleich 2 1/2 Prozent, gesunken. Die neuen Betriebe sind nur Nebenbetriebe großer landwirtschaftlicher Unternehmungen. So sieht man auch in der Landwirtschaft die Entwicklung zum Großbetrieb, das Verschwinden der kleinen Wirtschaften sich vollziehen. Diese Bewegung wird noch schärfer beleuchtet durch eine Untersuchung der tatsächlichen Besitzverhältnisse. Die landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe sind viel mehr verschuldet als der Großgrundbesitz;

trotz der formellen Selbständigkeit sind Klein- und Mittelbetriebe vielfach de facto nur Pächter oder Hypothekensklaven.

Die gezeigte Entwicklung ist begünstigt worden durch unsere Schutzzoll-, Zucker-, Branntweinliebesgaben- und Grenzsperrpolitik usw., die den Bodenpreis und die Landpacht zugunsten der Großgrundbesitzer in die Höhe schnellen ließen. Der kleine Landwirt, der nicht viel über den eigenen Bedarf hinaus produziert, teilweise noch zukaufen muß, hat die Mehrbelastung voll zu tragen, der Zollsegen kommt ihm jedoch nur minimal zugute.

Auch für die Gruppe „Industrie und Gewerbe“ ergibt sich eine Abnahme der Selbständigen, und zwar von 1127114 auf 1086050. Das ist ein Rückgang um 40064, gleich 3 1/2 Prozent, dem eine Vermehrung der Angestellten, Arbeiter usw. von 3628741 auf 5476893, also um 1848152 Personen, gleich **51 Prozent**, gegenübersteht.

Absolut um 106921, von 483372 auf 590293, hat die Zahl der Selbständigen in der Gruppe „Handel und Verkehr“ zugenommen. Der Zuwachs geht prozentual noch etwas über die der Bevölkerung hinaus, ist aber doch nicht so stark wie die Vermehrung der Erwerbstätigen in dieser Gruppe, die 1355740 resp. 2056173 Personen umfaßt, mithin **52 Prozent** ausmacht.

Wenn aber schon in der Landwirtschaft und in der Industrie die Selbständigen in der Statistik nicht als eine soziale Gruppe angesprochen werden können, da vielfach die Selbständigkeit mehr oder minder nur formeller Natur ist, um so weniger ist das der Fall in bezug auf die sogenannten Selbständigen in „Handel und Verkehr“. Hier rangieren als Angehörige der gleichen sozialen Gruppe: der Inhaber einer Filiale eines Weltunternehmens, der monatlich nach der Höhe des Umsatzes mit dem einzigen Warenlieferanten abzurechnen hat und jeden Tag durch einen anderen „Selbständigen“ ersetzt werden kann, der nominelle Besitzer eines Restaurants, der in Wirklichkeit nur Pächter ist; die Frau des Arbeiters, die „selbständig“ einen Grünkafladen unterhält, und andere Selbständige ähnlicher Art zusammen mit dem Großkaufmann, der Schiffsladungen umsetzt, und mit der Weltfirma, die Hunderte von Filialen besitzt. Wenn unter Berücksichtigung dieses Tatbestandes die nötige Korrektur vorgenommen wird, dürfte die Zunahme der Selbständigen auch in dieser Gruppe sich mindestens in einen relativen Rückgang verwandeln.

Das hat die Betriebszählung jedenfalls schon zweifelsfrei bewiesen: in den produzierenden Gewerben, in Landwirtschaft und Industrie hat bei **starker Zunahme** der Betriebe, bei enormer Steigerung der beschäftigten Arbeitskräfte, die Zahl der Selbständigen **abgenommen**.

Das ist der Triumphzug des Kapitalismus, des Vorläufers des nachstürmenden Sozialismus, dessen Sieg jener vorbereitet.

W. D.

## Frauen- und Kinderarbeit in Sachsen.

### II.

Sogar jeder bürgerliche Sozialpolitiker, der für halbwegs einsichtsvoll und arbeiterfreundlich gelten will, anerkennt heute, daß die Länge, oder besser gesagt die Kürze der täglichen Arbeitszeit von höchster Wichtigkeit für das leibliche und geistige Leben der Arbeiterinnen ist. Die Arbeiterinnen bedürfen keines langen Nachweises dafür. Sie fühlen ja die Schädlichkeit langer Arbeitsfron an ihrem eigenen Leibe, sie spüren sie, wenn sie müde und matt abends dem Heime zuweilen, wenn ihre Gesundheit und Lebenskraft vorzeitig zusammenbricht. Sie sehen sie aber auch in Gestalt eines vernachlässigten Hauswesens, in Gestalt von Kindern, denen sie die nötige Pflege und Erziehung vorenthalten müssen, weil der Zwang zu verdienen sie lange Stunden der Familie fernhält. Schließlich empfinden viele erwerbstätige Frauen, und gerade die geistig regsamsten es nicht minder bitter, daß eine lange tägliche Arbeitszeit ihnen die Möglichkeit der Selbstbildung, der Betätigung am gewerkschaftlichen und politischen Leben erschwert und beschränkt. Die Strenge, mit der die Behörden



für die Durchführung des gesetzlich festgelegten Arbeitstags der Arbeiterinnen eintreten, ist daher ein guter Maßstab für ihr soziales Verständnis. Ihr Eifer, das Unternehmertum an einer Überschreitung des Maximalarbeitstags zu hindern, mußte um so größer sein, als dieser selbst mit den zurzeit noch geltenden 11 Stunden den Interessen der Ausbeuter und nicht der ausgebeuteten Frauen angepaßt ist. Was sagen uns nun zu dieser wichtigen Frage die Berichte der sächsischen Fabrikinspektion für 1907?

Außerst bezeichnend sind da die Angaben über die Überarbeit, die für erwachsene Arbeiterinnen bewilligt worden ist. In 746 Betrieben leisteten 71 517 Arbeiterinnen an 10 645 Tagen 706 027 Überstunden. Nur in ganzen 15 Fällen wurden Anträge von Unternehmern zur Genehmigung von Überarbeit abgelehnt! Die umfangreiche Bewilligung von Überarbeit scheint uns um so weniger angebracht, als die Herren Unternehmer trotz aller Rücksichtnahme, die sie erfahren, nach wie vor Neigung zeigen, die gesetzlichen Vorschriften zur Regelung der Arbeitszeit zu überschreiten. So stellt zum Beispiel der Chemnitzer Beamte fest: „In einer Ziegelei, in der die Arbeiterinnen in zwei Abteilungen, die eine am Vor-, die andere am Nachmittag tätig waren, mußte der Beginn der Arbeit vor 5 $\frac{1}{2}$  Uhr früh verboten werden.“

Bekanntlich haben sich die organisierten Textilindustriellen besonders rabiät dagegen gewehrt, daß von 1910 an der gesetzliche Zehnstundentag für die Arbeiterinnen in Kraft treten soll. Und das, obgleich auch ein großer Teil der Textilfabriken bereits kürzere Arbeitszeit als den gesetzlich geltenden Elfstundentag hat. Die Herren Textilbarone wollten sich das Recht wahren, „ihre“ Arbeiterinnen nach Profit und Willkür 11 Stunden und darüber hinaus beschäftigen zu dürfen. Auch in der sächsischen Textilindustrie zeigte sich die Tendenz zu kürzerer Arbeitszeit. Das stellt der Bericht über die einschlägigen Verhältnisse in der Bauhener Gegend fest und sagt: „Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß sich die Einführung des zehnstündigen Arbeitstags ohne Eingreifen des Gesetzgebers nach und nach wenigstens dort von selbst vollziehen wird, wo eine Verminderung der Erzeugnismenge durch die wirksamere Arbeitsleistung der einzelnen Person vermieden werden kann. Die Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf eine Dauer von 10 Stunden ist immer mehr üblich geworden. In verschiedenen Anlagen wird jetzt sogar nur noch 9 Stunden täglich gearbeitet.“

Man erinnere sich daran, daß die Crimmitschauer Textilarbeiter um eine halbstündige Verkürzung der Arbeitszeit — von 11 auf 10 $\frac{1}{2}$  Stunden — den heftigsten Kampf erfolglos führten. Das dortige Unternehmertum hätte — das bestätigen aufs neue die berichteten Tatsachen — schon damals nachgeben und sich mit den Arbeitern verständigen können, aber es wollte nicht.

Der bekannte „geschiebende“ Sinn des Unternehmertums wird durch die folgenden Mitteilungen der Berichte illustriert. Verstöße gegen die Gesetze und Verordnungen zum Schutze der erwachsenen Arbeiterinnen wurden 1907 in 1181 Betrieben festgestellt, und nur 27 Personen wurden deswegen bestraft! In bezug auf die jugendlichen Arbeiter werden aus 2961 Betrieben Verstöße und 40 Bestrafungen berichtet. Wenn die Unternehmer eine derart nachsichtige Behandlung erfahren, so darf man sich über die sehr zahlreichen Übertretungen der Arbeiterschutzgesetze nicht wundern. Die fast absolute Straflosigkeit reizt förmlich an, die Vorschriften zu mißachten, die die Ausbeutungsgier ein wenig zügeln sollen. Bei der Würdigung der vorliegenden Ziffern vergesse man das eine nicht: Die geringe Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten und daher der Revisionen entzieht von vornherein viele Gesetzesübertretungen der Feststellung.

Nach und nach scheinen sich die Unternehmer in das Unvermeidliche zu fügen und auch die Aufsichtsbeamtinnen zu respektieren, von deren Tätigkeit sie früher nichts wissen wollten. Von Bauzen wird berichtet: „Das Verhalten der Arbeitgeber gegenüber der Beamtin ist allmählich ein entgegenkommenderes geworden. Die Betriebsleiter lassen jetzt in der Regel die Beamtin allein durch die Arbeitsräume gehen und mit den

Arbeiterinnen sprechen. Diese zeigen sich wesentlich mitteilbarer als früher und bringen die verschiedensten Anliegen zur Sprache, häufig bitten sie auch um die Vermittlung einer Lohnerhöhung.“ Daß die Beamtinnen auch das Vertrauen der Arbeiterinnen gewinnen, ist zu begrüßen.

Nicht ganz gewöhnlich ist die Art und Weise, wie manche Unternehmer sich die Arbeiterinnen als willige und zufriedene Ausbeutungsobjekte zu erhalten suchen. Aus dem Leipziger Bezirk wird in den Berichten gemeldet: „Eine größere Kammgarnspinnerei stellte im Oktober 1906 eine Fabrikpflegerin ein. Diese Fabrikpflegerin führt die Aufsicht über die jugendlichen und minderjährigen Arbeiterinnen und steht jeder Arbeiterin auf Wunsch mit Rat bei. Während der Arbeitszeit ist sie ständig anwesend und begeht die Arbeitsräume oder hält sich bei Eintritt der Ruhepausen im Aufenthaltsraum der jugendlichen Mädchen auf. Auf letztere wirkt sie durch Unterhaltung, Pflege des Gesanges, Verleihung geeigneter Druckschriften usw. belehrend und erbauend ein. Die erwachsenen Arbeiterinnen läßt sie dagegen an sich herankommen, erteilt ihnen gewünschten Rat und Beistand in allen persönlichen Angelegenheiten, zu welchem Zwecke sie auch die Betreffenden in der Wohnung aufsucht. Die Fabrikleitung hat den von der Pflegerin angeregten Nähabend zugestimmt und eine Handarbeitslehrerin angestellt, die unter reger Beteiligung der Arbeiterinnen an zwei Tagen der Woche unterrichtet.“ Es müßte sehr wundernehmen, wenn solche „Wohlfahrtseinrichtungen“ nicht den ange deuteten Zweck verfolgten. Bei den Arbeiterinnen ist ihnen gegenüber jedenfalls Vorsicht sehr am Platze. Eine gute gewerkschaftliche Organisation nützt ihnen sicher viel mehr als derartige Bemutterung.

Zu demselben Kapitel gehören die Arbeiterwohnungen, die von Unternehmern errichtet werden. Was darüber in den Berichten gesagt wird, ist widerspruchsvoll. An der einen Stelle lesen wir: „Die Wohnungen in den Arbeiterwohnhäusern sind gewöhnlich billiger oder doch wenigstens besser als die am Orte.“ Zu diesem Lobe scheinen uns jedoch folgende Angaben schlecht zu stimmen: „Von den 1289 Familienwohnungen enthielten, einschließlich der Kammern und ausschließlich der Küche, 70 nur einen Raum, 580 je zwei, 505 je drei, 92 je vier und 42 je fünf Räume.“ Familienwohnungen, die aus einem Zimmer oder zwei Räumen bestehen, sind keinesfalls ideal. Das schlimmste aber sind die Mietverträge, die vielfach zeigen, daß die Unternehmer auch sehr gut den Hauspacha herausstecken können. Bekannt ist außerdem, daß die Herren durch die Wohnung die Arbeiter an den Betrieb zu fesseln suchen. Ein Bericht sagt darüber: „Die Miete wird an jedem Lohnstag vom Lohne abgezogen. Verläßt der Mieter seine Stellung, so hat er in der Regel auch gleichzeitig die Wohnung zu räumen; wird aber einem Arbeiter von der Betriebsleitung die Arbeit gekündigt, so kann er in den meisten Fällen so lange in der Wohnung bleiben, bis er eine neue gefunden hat.“ Die Fabrikwohnung erweist sich wie andere „Wohlfahrtseinrichtungen“ auch als eine Kette, welche den Arbeiter hindern soll, nach besseren Arbeitsbedingungen zu streben, für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

H. F.

## Die Jugendbibliotheken.

Unter den vielen Mitteln, die wir besitzen, um auf die Jugend im Sinne unserer Weltanschauung einwirken zu können, ist eines der wichtigsten die Jugendbibliothek. Das große Lesebedürfnis der Jugend, der gewaltige Stoffhunger nach allerhand Neuem und Wissenswertem wurde bisher und wird zum übergroßen Teil noch heute gespeist durch die Schulbibliotheken. In kleinen Orten ist es wohl auch der Pfarrer, der eine Bibliothek hat und sie den Kindern zur Verfügung stellt.

Diese Büchereien sind nun aber nichts weniger als gut in unserem Sinne, sie enthalten eine Unmenge literarisch wertloses Zeug, ferner all den hurrapatriotischen, geschichtsfälschenden und frömmelnden Quark, der auf die Jugend geradezu ver-



wüßend wirkt. Gibt es doch namhafte Schulmänner, die durchaus keinen Anstand nehmen, die Bücher des Herrn Karl May in die Schulbibliotheken aufzunehmen. Es ist eine ganz wichtige Aufgabe für jede unserer Bibliotheken, sich eine besondere, gut eingerichtete Abteilung für Jugendliteratur anzugliedern. Das Interesse der Jugend dafür wird überall leicht zu erwecken sein.

In der großen Arbeiterbibliothek des Sozialdemokratischen Ortsvereins Leipzig-Plagwitz-Lindenau-Schleußig wurden sehr interessante Erfahrungen mit der Abteilung für Jugendliteratur gemacht. Im Jahre 1902 wurden auf Anregung des Verfassers eine kleine Anzahl Jugendbücher in die Bibliothek eingestellt, und zwar nach und nach 19 Bände. Die Kinder waren bald so eifrig im Lesen, daß sehr rasch die Jugendbücherei vergrößert werden mußte. Es wurde der Bücherbestand erhöht

|                   |                    |
|-------------------|--------------------|
| 1903 auf 80 Bände | 1906 auf 469 Bände |
| 1904 " 134 "      | 1907 " 714 "       |
| 1905 " 271 "      | 1908 " 1005 "      |

Die Zahl der entliehenen Bände in der Abteilung Jugendliteratur betrug:

|                     |                      |
|---------------------|----------------------|
| 1902 . . . . . 161  | 1906 . . . . . 4278  |
| 1903 . . . . . 483  | 1907 . . . . . 7908  |
| 1904 . . . . . 1671 | 1908 . . . . . 10482 |
| 1905 . . . . . 4982 |                      |

Einen sehr interessanten Aufschluß über die Art der gelesenen Bücher geben folgende Aufstellungen:

**Übersicht über die Benutzung der Jugendliteratur.**

| Inhalt der Bücher  | Anzahl der Bände | Zahl der Entlehnungen | Durchschn. für einen Band | Rangst. der Beliebtheit der Bücher |
|--|------------------|-----------------------|---------------------------|------------------------------------|
| Märchenbücher . . . . .  | 200              | 5407                  | 27                        | 5                                  |
| Erzählungen . . . . .  | 117              | 3078                  | 26                        | 6                                  |
| Humoristische Erzählungen und Humoristische Bilderbücher . . . . . | 62               | 2676                  | 43                        | 1                                  |
| Bilderbücher . . . . .   | 73               | 2375                  | 32                        | 2                                  |
| Sagen und geschichtliche Erzählungen . . . . .                     | 48               | 1486                  | 30                        | 4                                  |
| Seefahrer- und Indianergeschichten . . . . .                       | 41               | 1023                  | 25                        | 7                                  |
| Reisebeschreibungen . . . . .                                      | 37               | 786                   | 21                        | 8                                  |
| Naturkunde . . . . .   | 40               | 746                   | 18                        | 9                                  |
| Tier- und Jagdgeschichten . . . . .                                | 19               | 601                   | 31                        | 3                                  |
| Gedichte . . . . .   | 28               | 414                   | 14                        | 10                                 |
| Spiel- und Beschäftigungsbücher . . . . .                          | 24               | 259                   | 10                        | 11                                 |
| Kunst und Kunstgeschichte . . . . .                                | 4                | 27                    | 7                         | 12                                 |

**Von der Jugend meistgelesene Autoren.**

| Name des Autors             | Zahl der Exemplare | Zahl der Entlehnungen | Name des Autors           | Zahl der Exemplare | Zahl der Entlehnungen |
|-----------------------------|--------------------|-----------------------|---------------------------|--------------------|-----------------------|
| Wilhelm Busch . . . . .     | 26                 | 1456                  | Johanna Spyri . . . . .   | 5                  | 205                   |
| Gebr. Grimm . . . . .       | 28                 | 648                   | H. Wagner . . . . .       | 9                  | 193                   |
| Oskar Pleisch . . . . .     | 16                 | 623                   | Theodor Storm . . . . .   | 4                  | 163                   |
| J. F. Cooper . . . . .      | 18                 | 558                   | Fr. Gerstäcker . . . . .  | 10                 | 160                   |
| H. Chr. Andersen . . . . .  | 14                 | 419                   | J. P. Hebel . . . . .     | 4                  | 158                   |
| L. Bechstein . . . . .      | 16                 | 323                   | A. v. Wedel . . . . .     | 2                  | 149                   |
| E. Kreidolf . . . . .       | 10                 | 320                   | J. K. A. Musäus . . . . . | 9                  | 130                   |
| Otto Speckter . . . . .     | 8                  | 302                   | R. Kipling . . . . .      | 3                  | 129                   |
| Peter Rosegger . . . . .    | 9                  | 295                   | Dtto Ehlers . . . . .     | 4                  | 129                   |
| Ferdinand Schmidt . . . . . | 9                  | 290                   | R. Dehmel . . . . .       | 3                  | 125                   |
| Dr. H. Hoffmann . . . . .   | 7                  | 278                   | R. Ewald . . . . .        | 3                  | 123                   |
| W. Hey (Speckter) . . . . . | 5                  | 250                   | G. A. Bürger . . . . .    | 3                  | 119                   |
| W. Hauff . . . . .          | 7                  | 236                   | G. Kraepelin . . . . .    | 3                  | 107                   |
| Daniel Defoe . . . . .      | 8                  | 212                   | Ludwig Richter . . . . .  | 4                  | 105                   |

Da es für die Dauer zu Unzuträglichkeiten führte, die große Zahl der Kinder mit den Erwachsenen zusammen zu bedienen, wurden die schulfreien Nachmittage Mittwoch und Sonnabend zur Ausgabe von Büchern an die ersteren eingerichtet. Dieser Dienst, der sehr viel Geduld erfordert, wird jetzt abwechselnd von acht Genossinnen versehen. Die Bibliothekarinnen sind einig darüber, daß bei aller Mühe der Verkehr mit den Kindern sehr viel Freude biete, und daß mancherlei interessante Beobachtungen zu machen seien.

**Die meistgelesenen Bücher in der Abteilung Jugendliteratur.**

| Name des Autors und Titel des Buches                         | Zahl der Exemplare | Zahl der Entlehnungen |
|--|--------------------|-----------------------|
| Gebrüder Grimm. Märchen . . . . .                            | 27                 | 622                   |
| Wilhelm Busch. Schnaken und Schnurren . . . . .              | 8                  | 425                   |
| Chr. Andersen. Märchen . . . . .                             | 14                 | 419                   |
| L. Bechstein. Märchen . . . . .                              | 16                 | 323                   |
| Wilhelm Busch. Bilderpossen . . . . .                        | 6                  | 259                   |
| Deutsches Märchenbuch. Bearbeitet von O. Dähnhardt . . . . . | 9                  | 235                   |
| J. F. Cooper. Lederstrumpferzählungen . . . . .              | 5                  | 222                   |
| W. Busch. Hans Huckebein, der Unglücksrabe . . . . .         | 4                  | 220                   |
| W. Busch. Max und Moritz . . . . .                           | 4                  | 219                   |
| Daniel Defoe. Robinson Crusoe . . . . .                      | 8                  | 212                   |
| Dr. H. Hoffmann. Der Struwwelpeter . . . . .                 | 4                  | 189                   |
| J. F. Cooper. Der letzte Mohikaner . . . . .                 | 5                  | 173                   |
| Tiermärchen. Herausgegeben vom Hamburger Ausschuß . . . . .  | 10                 | 171                   |
| A. v. Wedel. Fritz Pfiffikus . . . . .                       | 2                  | 149                   |
| Märchen von 1001 Nacht . . . . .                             | 6                  | 130                   |
| Gustav Schalk. Die schönsten Märchen . . . . .               | 6                  | 122                   |
| R. Dehmel. Fiebtüte . . . . .                                | 3                  | 125                   |
| J. K. A. Musäus. Volksmärchen der Deutschen . . . . .        | 7                  | 112                   |
| E. Kreidolf. Die Wiesenzwerge . . . . .                      | 3                  | 110                   |
| E. Kreidolf. Schwächchen für Kinder . . . . .                | 4                  | 105                   |

Die Kinder bekommen als Gratisgabe von der Bibliothek Lesezeichen, die auf einer Seite beachtenswerte Leseeregeln enthalten und auf der anderen in Form von Zehn Geboten einen Extrakt sozialethischer Forderungen geben. Sie lauten:

**Zehn Gebote für Kinder.**

1. Gebot: Liebe deine Schulgefährten, die die Arbeitsgenossen deines Lebens sein werden.
2. Gebot: Liebe die Belehrung, die das Brot des Geistes ist; sei dankbar deinem Lehrer wie deinem Vater und deiner Mutter.
3. Gebot: Du sollst alle Tage heiligen durch eine gute und nützliche Tat, durch eine freundliche Handlung.
4. Gebot: Du sollst die guten Menschen ehren, alle Menschen achten, dich vor niemanden beugen.
5. Gebot: Du sollst keinen Menschen hassen, keinen beleidigen, dich nicht rächen; aber du sollst dein Recht vertreten und dem Übermütigen widerstehen.
6. Gebot: Du sollst nicht feige sein. Sei ein Freund der Schwachen und liebe die Gerechtigkeit.
7. Gebot: Sei eingedenk, daß alle Güter der Erde von der Arbeit stammen; wer sie genießt, ohne zu arbeiten, der stiehlt dem Arbeitenden sein Brot.
8. Gebot: Beobachte und denke nach, um die Wahrheit zu erkennen. Glaube nichts, was der Vernunft widerspricht, täusche weder dich selbst noch andere.
9. Gebot: Denke nicht, daß der das Vaterland liebt, der die anderen Völker haßt und verachtet oder am Kriege Gefallen findet, der ein Überrest der Barbarei ist.
10. Gebot: Wünsche vielmehr den Tag herbei, an dem alle Menschen als freie Bürger eines Vaterlandes in Frieden und Gerechtigkeit als Brüder leben werden.

Sozialdemokratischer Verein für den 13. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Die Leseeregeln, welche auf der anderen Seite der Lesezeichen stehen, sind dem Katalog der Freien Öffentlichen Bibliothek zu Zwittau in Mähren entnommen. Sie geben Antwort auf die Frage: Wie soll man lesen? und lauten:

1. Lies nur, wenn du darüber nicht deine Pflicht versäumst. Lies nicht zu lange, sonst ermüdest du deinen Geist, liest unaufmerksam und verstehst die Feinheiten des Buches nicht.
2. Lies nur gute Bücher, denn die Zeit, die du zum Lesen hast, ist kostbar; schlechte Bücher verderben den Geschmack und fördern dich nicht, während du aus dem Lesen guter Bücher einen bleibenden Gewinn ziehst.
3. Lies nichts, was über dein Alter und deinen Verstand hinaus geht; nicht jeder Magen kann schwere Speise vertragen. Lies dich vielmehr allmählich zu schwerer verständlichen Büchern hinauf.
4. Lies solche Bücher, die dich besonders erhoben oder gefördert haben, immer noch einmal wieder; du wirst ihren Wert dann immer deutlicher erkennen und wirst bei jeder Wiederholung einen größeren Genuß haben.



5. Lies auch nicht immer nur Romane, Erzählungen und Novellen, sondern auch Dichtungen; vor allen Dingen lerne unsere Klassiker kennen. Und weiter: lies auch Bücher wissenschaftlichen Inhaltes — die Geschichte des Menschengeschlechts und das Leben der Natur müssen für jedermann die unentbehrlichsten Grundsteine des Wissens sein. Vieles, was dich als Kind nicht interessiert hat, hat jetzt für dich das größte Interesse.

6. Lies stets aufmerksam und langsam — nur so wirst du das Gold des Buches zutage fördern. Wiederhole nachher im Geiste den Inhalt des Gelesenen und durchdenke ihn; es kann sonst sein, als hättest du das Buch überhaupt nicht gelesen.

7. Halte die Bücher stets sauber und ordentlich. Wehe die Finger nicht beim Umbältern; das ist eine zwecklose Angewohnheit. Vor allen Dingen gib die Bücher nicht Kranken in die Hände, die an ansteckenden Krankheiten (Scharlach, Masern, Diphtheritis, Typhus und anderem) leiden oder sich eben erst auf dem Wege der Besserung befinden; du könntest damit leicht zur Übertragung dieser Krankheiten beitragen.

Sehr oft wurden diese Lesescheiben in die Schule mitgenommen. Da ist es zuweilen vorgekommen, daß Lehrer à la Flachsmann den Kindern ganz erboßt die Zeichen zerrissen oder mindestens weggenommen haben! Die Bibliothekverwaltung gab den also Verübten bereitwilligst neue, so daß die „Rettung der Kinderseelen“ dem eifrigen Lehrer doch „daneben gelungen“ war.

Der große Andrang von Kindern zu der Bücherausgabe nötigte zu einer Einrichtung, die eine Abfertigung in der Reihenfolge ermöglichte, wie die Leser gekommen waren.

Es wurde ein Kontroll- und Zählapparat angefertigt und in Betrieb gesetzt. Am Bücherabgabepult ist ein eiserner Winkel mit eingetietetem, aufrecht stehendem Stift angebracht. Darauf sitzt ein Messingrohr, das oben und unten Gewinde hat, auf das eine kleine Messingscheibe aufgeschraubt ist. Auf diesem Rohr sind 100 Marken aufgereiht, die mit Nummern 1 bis 100 versehen sind. Jeder Leser entnimmt bei seinem Eintritt in den Warteraum dem Apparat eine solche Marke. Die Nummern werden dann aufgerufen, und nachdem der Leser neue Bücher in Empfang genommen hat, wird seine Marke auf einen gleichen Apparat beim Bücherempfangspult wieder aufgereiht. Sind dort in umgekehrter Reihenfolge die Marken sämtlich aufgesteckt, dann wird die kleine Messingscheibe auf das Rohr gedreht und dieses umgekehrt und auf den Stift am Abgabepult gesteckt. Von dort ist das leere Rohr nach dem Apparat am Bücherempfangspult zu bringen.

Durch diesen einfachen Apparat wird aller Streit um das frühere oder spätere „Drankommen“ vermieden, außerdem genügt am Schlusse der Expedition ein Blick nach der Schlussnummer, um die Zahl der Leser festzustellen. Die Benutzung des Apparats ist dann auch den erwachsenen Lesern aufgegeben worden, und die Handhabung geht stets prompt und befriedigend vonstatten.

Neben dem großen Wert, den eine Sammlung guter Jugendbücher, die von minderwertigem, frömmelndem und hurrapatriotischem Schund frei ist, für die Heranbildung einer freien Jugend hat, tritt noch ein anderer Vorteil in Erscheinung. Alle die Kinder, denen die Bibliothek eine liebegeordnete Einrichtung geworden ist, nehmen später sehr eifrig an den übrigen Veranstaltungen für die Jugend teil. Das rasche Anwachsen der Jugendorganisationen in Leipzig und speziell in Lindenua ist zum großen Teil der Vorarbeit zu danken, die durch die Bibliothek geleistet wird. Deshalb ist der Ruf an alle unsere Organisationen zu richten:

Gründet Jugendbibliotheken!

Was hier gesät wird, trägt hundertfältige Frucht.

Gustav Hennig.

## Konfessionelle Arbeiterinnenorganisationen.

Kürzlich ist ein umfangreiches, treffliches Buch erschienen, das schon allein dank dem weitsichtigen Material, das der Verfasser zusammengetragen und übersichtlich gruppiert hat, von großem Wert für die Gewerkschaftsorganisationen wie für alle Genossinnen und

Genossen ist, welche agitatorisch und organisatorisch unter solchen Arbeiter- und Arbeiterinnenmassen tätig sind, die noch im Banne des kirchlichen Dogmas stehen. Wir meinen: „Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland“ von August Erdmann. Stuttgart 1908, Verlag von J. F. W. Diez Nachf. Wir entnehmen dem Buch zunächst folgende Ausführungen über das, was im konfessionellen Lager zur Organisation der Arbeiterinnen geschehen ist.

Über die katholischen Arbeiterinnenvereine schreibt Erdmann:

Ebenso zeitig wie mit der Organisation der katholischen Arbeiter hat sich die Kirche mit der Sammlung der katholischen Arbeiterinnen beschäftigt, wenn auch die Erfolge auf diesem Gebiet weit geringer geblieben sind als unter den männlichen Arbeitern. Vorbildlich in dieser Beziehung war der im Jahre 1867 gegründete Arbeiterinnenverein in M.-Gladbach mit seinen Wohlfahrts-Einrichtungen: Hopsitz und Haushaltungsschule. Auch in Süddeutschland entstanden darauf Arbeiterinnenvereine; so finden sich solche Ende der siebziger Jahre in Augsburg, Offenbach und Kaufbeuren; vorzugsweise fanden sie jedoch Eingang in der Erzdiözese Köln, wo 1874 in Köln, 1875 in Biersen, 1879 in Nippes ein Arbeiterinnenverein entstand, während in Aachen 1867 und in Erkrath 1869 Haushaltungskurse für Arbeiterinnen gegründet wurden. In den achtziger Jahren kamen weitere Vereine hinzu: 1880 in Neuß, 1881 in Aachen, 1886 in Krefeld usw.; im Jahre 1886 bestanden in ganz Deutschland 26 katholische Arbeiterinnenvereine mit rund 4000 Mitgliedern; 1898 war die Zahl auf 40 Vereine mit 6000 Mitgliedern gestiegen.

Die Belebung der katholischen Arbeiterbewegung durch die christlichen Gewerkschaften brachte auch den Arbeiterinnenvereinen einen höheren Aufschwung, so daß im Jahre 1904 bereits 82 Arbeiterinnenvereine mit rund 70000 Mitgliedern gezählt wurden. In den letzten Jahren nimmt sich der Katholische Frauenbund der Gründung und Förderung von Arbeiterinnenvereinen mit besonderem Eifer an; auf seine Veranlassung ist in den einzelnen Diözesen der Zusammenschluß der Vereine angebahnt worden, damit sich durch den Austausch der Erfahrungen eine einheitliche zielbewußte Arbeit ausbilden kann. Auch die Katholikentage der letzten Jahre sind für die Arbeiterinnenvereine eingetreten. So empfahl die Kölner Generalversammlung der Katholiken Deutschlands (1908) als wichtigste Aufgabe der Vereine die apologetische und soziale Aufklärung der Arbeiterinnen, „damit dieselben befähigt werden, die unter den Arbeiterinnen vornehmlich von sozialdemokratischen Gewerkschaften systematisch betriebene Agitation erfolgreich abzuwehren und ihre religiösen und wirtschaftlichen Interessen nach den Grundsätzen der katholischen Sozialpolitik zu vertreten“.

In Anpassung an die Erfordernisse der Zeit ist neuerdings in dem Kreise der ultramontanen Sozialpolitiker mehrfach die Frage erörtert worden, ob die Art und Weise der Arbeiterinnenfürsorge, wie sie bisher in den Arbeiterinnenvereinen üblich war, noch als ausreichend angesehen werden kann, wobei hingewiesen wird auf die vielfachen Gefahren, die an eine Arbeiterin heute herantreten, auf die erhöhten Aufgaben und Pflichten, die ihr heute als Gattin und Mutter obliegen. Im wesentlichen war bisher religiöse Belehrung und Vermittlung hauswirtschaftlicher Kenntnisse als Aufgabe eines Arbeiterinnenvereins betrachtet worden. Doch hatten sich schon die christlichen Gewerkschaftsführer beklagt, daß die Arbeiterinnen den wirtschaftlichen Bewegungen keine Teilnahme schenken, so wurde auch von anderer Seite eingestanden, daß mancherlei versäumt worden war. Die Zwecke und Aufgaben des katholischen Arbeiterinnenvereins sind neuerdings von der rührigen Zentralstelle des katholischen Volksvereins in einem besonderen Schriftchen ausführlich dargelegt worden. Danach scheiden sich diese Aufgaben in:

1. Schutz und Förderung der persönlichen Güter, deren wichtigste sind: Leben und Gesundheit, Religion und Sittlichkeit. Die Erwerbstätigkeit des Weibes erfordert dann die Wahrung des Rechtes der Arbeiterin auf gerechte Entschädigung ihrer Arbeit; zum Schutze der persönlichen Güter gehört auch das Recht des Weibes, an den geistigen Kulturgütern der Nation teilzunehmen. Die Beschäftigung mit der arbeiterschützenden Fürsorge fällt hierher.

2. Vorbereitung auf den künftigen Lebensberuf, die sich nach drei Seiten hin betätigt:

a. die Arbeiterin muß beizeiten sich die notwendigen Kenntnisse zur Führung des Haushaltes erwerben;

b. sie muß befähigt werden, ihrem Manne eine verständnisvolle Gefährtin durchs Leben zu sein;

c. sie muß die Erziehung der Kinder recht zu leiten verstehen. Im Vereinsleben stehen die religiösen Veranstaltungen an erster Stelle; dementsprechend befaßt sich der größere Teil der



Vereinstätigkeit damit, die Mitglieder religiös zu belehren und zu erziehen. Als besonders wichtige Veranstaltungen dieser Art werden genannt die gemeinsame heilige Kommunion, die Teilnahme an Geregten, Andachten, Prozessionen, Wallfahrten usw.

Die Vereinsversammlungen sollen jeden Sonntag stattfinden; die dort gehaltenen Vorträge behandeln religiöse, soziale und allgemein wissenswerte Fragen. Im allgemeinen werden die Vorträge vom geistlichen Präses selber gehalten werden müssen, doch ist die Mithilfe von „Damen der besser situierten Stände“ willkommen.

Der Pflege der Geselligkeit dienen gefangliche Auführungen, Theatervorstellungen, Delleationen, Erholungsabende, Ausflüge, Spiele usw., für die geistige Hebung und Schulung sollen Unterrichtskurse eingerichtet werden. Endlich wird unter Mitwirkung von „Damen der besser situierten Stände“ die Errichtung einer Vermittlungskommission empfohlen, die Mißstände in Fabriken und Werkstätten zur Kenntnis der Arbeitgeber bringen soll.

Unter den Einrichtungen des Vereins werden genannt: Sparkassen, Unterstützungskassen, Arbeitsnachweis, Wohnungsnachweis, Bibliothek, Besetzung, Haushalts- und Handarbeitsunterricht usw.

Anfangs 1906 hat die Diözesanleitung des Verbandes der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln gemeinsam mit mehreren Arbeiterinnenvereinspräses ein Statut aufgestellt, das im allgemeinen die Bestimmungen wiedergibt, die für die katholischen Arbeitervereine gültig sind, nur daß der Präses des Arbeiterinnenvereins noch mehr Rechte in seiner Hand vereinigt als dort.

Auch im Bereich des süddeutschen Verbandes katholischer Arbeitervereine haben sich in den letzten Jahren die Arbeiterinnenvereine auszubereiten begonnen. Seit 1906 sind sie zu einem Verband vereinigt, dem 36 Vereine mit 4556 Mitgliedern angehören, worunter sich 3791 ordentliche Mitglieder, das heißt Arbeiterinnen befinden. In den „Mitteilungen des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine“ (1907, Nr. 26) heißt es: Die Versammlungen, welche in der Regel zweimal im Monat abgehalten werden, bekunden reges Vereinsleben, und die Beiträge befinden sich fast durchweg auf einer Höhe, welche die Leistungsfähigkeit der Vereine garantiert. Fast zwei Drittel der Vereine haben das in München erscheinende Verbandsorgan „Die Arbeiterin“ obligatorisch eingeführt. Die Rubrik Unterrichtskurse konnten von 34 Vereinen 20 ausfüllen, von denen 19 Haushaltungskurse (Kochen, Nähen, Bügeln) und ein Verein einen Buchhaltungskurs eingerichtet haben. Für die Zukunft wird auf die Errichtung sozialer Unterrichtskurse (Redelehre) noch ein ganz besonderer Wert zu legen sein; denn die ganze bisherige Entwicklung der Arbeiterinnenvereine scheint dahin zu neigen, daß eine intensive Zunahme derselben erst dann zu erwarten steht, wenn es erst möglich sein wird, weibliche Agitatorinnen für die Bewegung freizustellen.

Der Verband katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin) hat einen auf demselben Grunde stehenden Verband der katholischen Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen Deutschlands ins Leben gerufen, dem 131 Vereine mit 17 000 Mitgliedern angehören. Sein Zweck ist: Die Förderung aller beruflichen, gewerblichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten der Mitglieder, die Gliederung der Vereine und des Verbandes nach der Verschiedenheit der Berufe, das Zusammenwirken mit gleichartigen Gruppen anderer Verbände in besonderen Fällen zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen, die zeitgemäße Einrichtung von Lehrläusen zur Ausbildung in verschiedenen Erwerbstätigkeiten, die Ausbildung von Fabrikaußeherrinnen, Einrichtung von Arbeiterinnensekretariaten. Der Verband unterhält eine Kranken-, Sterbe- und Arbeitslosenklasse, vier Arbeiterinnensekretariate (Berlin, Breslau, Trier, Würzburg) und gibt ein Blatt „Frauenarbeit“ heraus.

Nicht ebenso viel weiß Erdmanns Buch über die evangelischen Arbeiterinnenorganisationen zu melden. Nachdem Stöcker sich von den Evangelisch-Sozialen getrennt hatte, gründete er 1897 die freie kirchlichsoziale Konferenz, „die praktische Arbeit leisten, sich auf die Massen stützen und in deren Bewegung eingreifen wollte“. Nach den jetzt geltenden Sätzen sucht sie das zu erreichen durch den „freien Zusammenschluß aller Männer und Frauen Deutschlands, die das gesamte öffentliche Volksleben mit den lebendigen Kräften des Evangeliums durchdringen wissen wollen, die daher eine lebendige Mitarbeit der evangelischen Kirche an allen sozialen Fragen für erforderlich halten und selber zur praktischen und wissenschaftlichen Mitarbeit bereit sind“. Die Konferenz hat verschiedene Arbeitskommissionen eingesetzt und sich auch mit der Frauenbeziehungsweise Arbeiterinnenfrage beschäftigt.

In enger Beziehung zu ihr steht der Verband kirchlichsozialer Frauengruppen, deren Programm übereinstimmt mit dem Arbeitsplan der siebenten Kommission der Konferenz, der die Behandlung der Frauenfrage zugewiesen ist. Diese hat es sich zur Aufgabe gestellt, die auf dem Boden des reformatorischen Bekenntnisses stehende Frauenwelt, sowie die (dafür interessierte) Männerwelt zur Mitarbeit aufzurufen: a. an der Hebung der sozialen, wirtschaftlichen und sittlichen Notstände auf allen Gebieten des weiblichen Erwerbslebens; b. an der Erschließung neuer Arbeitsgebiete, respektive neuer Berufe für die gebildete Frau; c. an der dazu erforderlichen Reform der Frauenbildung, insbesondere der höheren Mädchenschulen.

Unter den besonderen Aufgaben sind genannt die Sammlung von Heimarbeiterinnen, Fabrikarbeiterinnen, Gründung und Pflege einzelner Gruppen derselben, Gründung und Leitung von Dienstboten- (und Hausfrauen)vereinen, Stellenvermittlung für Dienstmädchen, Hausangestellte, Gelegenheit zur Fortbildung für ältere Dienstmädchen, Hilfsarbeit in den gewerkschaftlichen Organisationen von Frauen und Mädchen, Ausbildungsgelegenheiten und Arbeitsvermittlung für unbemittelte gebildete Frauen.

Die kirchlichsoziale Frauengruppe gründete im Jahre 1900 in Berlin den Gewerkverein der Heimarbeiterinnen, der gegenwärtig 43 Ortsgruppen mit rund 3000 Mitgliedern zählt. —

Es versteht sich am Rande, daß die von katholischer und evangelischer Seite gegründeten Arbeiterinnenvereine nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, sondern sich zum Glauben an die Harmonie der Unternehmer- und Arbeiterinteressen bekennen. Als Sonderorganisationen, welche die Arbeiterinnenmassen teilen, statt sie zusammenzufassen, bedeuten sie eine Schwächung der Gewerkschaftsbewegung, eine Schädigung der proletarischen Interessen. Die vorstehenden Angaben über die konfessionellen Arbeiterinnenvereinigungen müssen daher die Genossinnen zum eifrigsten Wirken im Dienste der modernen Gewerkschaften anspornen, welche in zielklarer Erkenntnis mit aller Treue das Wohl der Arbeiterinnen gegen das raffigierge Unternehmertum verteidigen.

## Von der österreichischen Arbeiterinnenbewegung.

I.K. Die deutsch-böhmische Frauenkonferenz, über die im Dezember in der „Gleichheit“ berichtet wurde, trägt gute Früchte. Das eingesezte Komitee arbeitet ununterbrochen, und unablässig werden neue politische Organisationen der Frauen gegründet. Ende Januar tagte in Prag der deutsch-böhmische Landesparteitag, auf dessen Tagesordnung ebenfalls die Frauenorganisation stand. Genossin Fanny Neumann-Auffig hatte das Referat, und sie legte dem Parteitag ein Programm vor, auf welche Weise die Lokalorganisationen der Partei die Genossinnen unterstützen sollen. Der Parteitag akzeptierte ihre Vorschläge und wählte Genossin Neumann in die Landesvertretung, welche das Frauenagitationskomitee für Deutsch-Böhmen subventionieren und dadurch aktionsfähig machen wird. Die Genossinnen, welche dem genannten Komitee angehören, sind fortwährend auf Agitation, um politische Frauenorganisationen zu gründen. Es ist zu erwarten, daß der nächste Parteitag über gute Resultate dieser Bestrebungen hören wird.

In Wien hat am 28. Februar die Frauenkonferenz für Niederösterreich stattgefunden. 34 Genossinnen waren als Delegierte anwesend, von denen 22 gleichzeitig ein Mandat zum Landesparteitag hatten. Eine solch große Zahl weiblicher Delegierter zu einem Landesparteitag, dem früher kaum zwei Genossinnen beiwohnten, war an sich schon eine auffällige Erscheinung, welche die Fortschritte unserer Frauenbewegung zeigte. Der Sekretär der Landesorganisation, Genosse Bretschneider, hob in seinem Bericht noch besonders hervor, wie erfreulich die Arbeiterinnenbewegung anwuchs. Was die Frauenkonferenz anbetrifft, so hatte sie über den Ausbau der politischen Frauenorganisation in Niederösterreich zu beraten. Genossin Popp erstattete namens des Frauenreichskomitees das Referat zu der Frage. Sie führte aus, daß es sich darum handle, Vorzüge zu treffen, daß die neugegründeten politischen Frauenorganisationen volle Klarheit über ihre Aufgaben erlangen; aufzuklären, zu bilden, die Frauen zu Sozialdemokratinnen zu erziehen und alle Parteifaktionen zu unterstützen; das Lesen der sozialistischen Presse und Broschürenliteratur, die Abhaltung von Versammlungen und Diskussionsabenden seitens der Frauenorganisationen soll diesem Zwecke dienen. Im Jahre 1908 sind 964 Frauen in Niederösterreich der freien politischen Frauenorganisation zugeführt worden; 1200 Frauen sind nun allein



im Verein sozialdemokratischer Frauen in Wien organisiert. In einer Anzahl von Orten werden die Genossinnen demnächst zur Gründung politischer Frauenorganisationen schreiten. In Anbetracht der wachsenden Aufgaben hielten es die Genossinnen für notwendig, eine Genossin speziell mit der Leitung der planmäßigen Arbeit in Niederösterreich zu betrauen. Genossin Pölzer, die den deutschen Genossinnen bekannt ist, da sie der Frauenkonferenz zu Nürnberg beizwohnte, wurde zur Landesvertreuerin gewählt. Dem Landesparteitag wurden die Beschlüsse der Konferenz berichtet, er wählte Genossin Th. Schlesinger in die Landesvertretung für Niederösterreich, so daß jetzt in drei Landesvertretungen Genossinnen Sitz und Stimme haben.

Der Landesvertretung für Mähren, der Genossin Freundlich angehört, lag in der letzten Sitzung ein Antrag vor, auch für Mähren eine Frauenkonferenz abzuhalten. Der Antrag wurde angenommen, und schon im Monat April wird in Olmütz die erste mährische Frauenkonferenz tagen. Um die Frauenagitation zu unterstützen, ist Genossin Klastatsch, eine tüchtige, agitatorisch tätige Kraft, in der Administration des mährischen Parteiblattes angestellt worden. Die Brünnener politische Frauenorganisation entwickelt sich in erfreulicher Weise, wie dies früher nie für möglich gehalten worden wäre.

In Graz, der Hauptstadt von Steiermark, ist im Januar die erste politische Frauenorganisation gegründet worden. Da die Parteigenossen eifrig mitarbeiten, ist auch hier auf guten Erfolg zu hoffen.

Von der Parteivertretung in Wien wurde dem Vorschlag des Frauenreichskomitees entsprechend Genossin Gabriele Prohl angestellt, um sich ganz der Arbeit im Dienste der politischen Frauenorganisation zu widmen. Diese Arbeit hat sich derart vermehrt, daß sie nicht mehr wie bisher von einer Genossin allein, der Redakteurin der „Arbeiterinnen-Zeitung“, bewältigt werden kann.

Auch mit der Organisierung der weiblichen Jugend beginnen sich die österreichischen Genossinnen zu beschäftigen. Am Sonntag den 7. März wurden nachmittags fünf Versammlungen für junge Mädchen abgehalten mit Vorträgen über das Revolutionsjahr 1848. Alle Versammlungen waren außerordentlich gut von jungen Mädchen besucht.

Jedoch ist noch nicht über die Form der Organisation entschieden, welche die jungen Mädchen aufnehmen soll. Die Meinungen gehen auseinander, ob die jungen Proletarierinnen den Organisationen der männlichen Jugend beitreten oder eigene Sektionen bilden sollen, die den Frauenorganisationen anzugliedern wären. Die Gewerkschaftskommission hat auf eine Anfrage der männlichen Jugendlichen erklärt, daß die gemeinsame Organisation inopportun sei. Nächste Woche wird das Frauenreichskomitee zu einer Beschlusfassung kommen, über die in der „Gleichheit“ näher berichtet werden soll. a. p.

## Aus der Bewegung.

**Agitation in Sachsen-Altenburg.** Auf Wunsch des Altenburger Landesvorstandes unternahm Genossin Biez vom 17. Februar bis 1. März eine Agitationstour durch das Herzogtum. Dieselbe sollte nicht nur durch Versammlungen der Agitation dienen, sondern vor allem auch durch Besprechungen mit dem Landesvorstand wie mit den Vorständen der einzelnen Ortsvereine eine dauernde und planmäßige Agitations- und Schulungsarbeit unter dem weiblichen Proletariat einleiten. Diese Besprechungen sollten die Erfahrungen anderer Orte auch für das Herzogtum nutzbar machen. Wir sind überzeugt, daß diese Methode, planmäßig und tatkräftig die Frauenbewegung zu fördern, vom besten Erfolg sein wird. — Die veranstalteten Versammlungen brachten der Sozialdemokratie durchweg eine hübsche Anzahl weiblicher Mitglieder, die an manchen Orten die ersten waren, welche der Partei beitraten, an anderen den bereits vorhandenen Stamm der Genossinnen vergrößerten. So wurden zum Beispiel in der Stadt Altenburg 86 Aufnahmen gemacht, in Gößnitz 46, in Schmölln und Rechau je 50, in Neuselwitz 49, in Ronneburg 62, in Eisenberg 60 und in Kahla 80. Der Partei wurden insgesamt zirka 400 neue Mitglieder zugeführt und unserer Presse eine Anzahl neuer Abonnenten. Hoffentlich verfahren die Parteioorganisationen der einzelnen Orte in der besprochenen Weise, um die neugewonnenen Mitglieder zu halten und zu schulen und die uns noch fernstehenden Frauen und Mädchen mehr und mehr organisatorisch wie geistig zu erfassen. Geschieht das, so wird es im Altenburger Land mit der Frauenbewegung sicher vorwärts gehen, und damit wäre unserer Allgemeinbewegung der allergrößte Dienst erwiesen. L. Z.

In einer gut besuchten Parteiversammlung zu Fellbach (Württemberg), an der auch Frauen in größerer Anzahl teilnahmen, referierte Genossin Hüglin-Stuttgart über „Die Pflichten und Rechte der Frauen in der heutigen Gesellschaftsordnung“. Sie wies die Notwendigkeit des politischen Zusammenschlusses der Frauen nach, die unter dem heutigen Gesellschaftssystem noch mehr seufzen als der Mann, viel Pflichten, aber nur wenig Rechte haben. Genossin Hüglin würdigte auch die Bedeutung einer sozialistischen Erziehung der Kinder, auf die sie näher einging. In der Diskussion stimmten mehrere Frauen der Referentin zu. Wir hätten gewünscht, daß die hiesige Lehrerschaft in der Versammlung gewesen wäre, sie hätte gar manches aus dem Vortrag lernen können. Mehr aber noch bedauern wir, daß so viele Proletarierinnen der Versammlung ferngeblieben sind, für die der Vortrag nützlicher gewesen wäre als die Predigten, die sie zu hören bekommen. Hoffentlich gesellen sich zu den vier weiblichen Mitgliedern der Partei, von denen drei in der Versammlung gewonnen wurden, bald neue Mitarbeiterinnen. Karl Ebinger.

**Weimar.** Warum kommen so wenig weibliche Mitglieder in die allgemeinen Parteiversammlungen und in die öffentlichen Versammlungen? Um diese Frage zu erörtern, wurden kürzlich die weiblichen Mitglieder der Ortsgruppe unserer sozialdemokratischen Wahlkreisorganisation zu einer Besprechung eingeladen. Rund 20 Prozent der organisierten Genossinnen waren erschienen. Gewiß, kein befriedigender Besuch! Doch alle Anwesenden waren einig darin, daß es besser werden müsse. Zur Förderung der Agitation unter den uns noch fernstehenden Frauen und zur Herbeiführung einer regeren Teilnahme der bereits organisierten am politischen Leben und an allen Veranstaltungen der Ortsgruppe wurde eine Agitationskommission gewählt, bestehend aus den Genossinnen Baudert, Leppert, Beck, Vogt und Meid. Angeregt wurde ferner, daß für die weiblichen Mitglieder der Ortsgruppe eine Unterstützungsstelle für Krankheitsfälle geschaffen werden solle, da ähnliche Einrichtungen in den bürgerlichen Frauenvereinen sich als ein gutes Bindemittel bewährt hätten. Endgültig soll über diesen Vorschlag erst in einer besonderen Versammlung der weiblichen Mitglieder beschlossen werden. Man hofft, daß diese einen stärkeren Besuch aufweisen wird. Bisher waren es immer recht sadenscheinige Gründe, die als Entschuldigung für das Fehlen der Frauen in den Partei- und öffentlichen Versammlungen angeführt wurden. Da hieß es z. B.: Es muß wieder einmal eine Genossin sprechen! Der Vorstand der Ortsgruppe hat diesem Wunsche der weiblichen Mitglieder nun Rechnung getragen. Doch, wo blieben die Genossinnen in der Versammlung, in welcher Genossin Tich-Berlin sprach? Der allgemeine Besuch dieser Versammlung war zwar nicht schlecht, aber stand er im Verhältnis zu der proletarischen Bevölkerung Weimars? Entsprach die Zahl der anwesenden Frauen der Zahl der bereits organisierten Genossinnen? Keines von beiden traf zu. Es muß offen gerügt werden, daß der weitaus größte Teil der organisierten Frauen aus nichtigen Gründen, — aus purer Bequemlichkeit! — fehlten. Das muß anders werden! Die Agitationskommission der organisierten Frauen hat sich die Aufgabe gestellt, Mittel und Wege zu finden, um nicht nur eine stärkere Beteiligung der weiblichen Mitglieder an allen politischen Versammlungen zu erreichen, sondern auch die Zahl der politisch organisierten Genossinnen zu erhöhen. Hierauf bezügliche Wünsche und Anregungen für die Agitationskommission sind zu richten an: Frau Baudert, Weimar, Pabststraße 16.

In **Baden** hat leider die sozialdemokratische Frauenbewegung im letzten Jahre nicht den erhofften Aufschwung genommen. Die Genossinnen haben es gewiß nicht an den ernstesten Bemühungen fehlen lassen, gute Fortschritte zu erzielen, allein sie haben seitens der leitenden Parteinstanzen nicht immer die Unterstützung gefunden, deren sie noch bedürfen. Auf dem vorjährigen Parteitag der badischen Sozialdemokraten hatten die Genossinnen beantragt, daß auf die Tagesordnung des Parteitags von 1909 ein Referat über den Stand der Frauenorganisation gesetzt würde. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme, wurde jedoch vom Landesvorstand bei Aufstellung der Tagesordnung nicht beachtet. Als er von der Antragstellerin auf die Unterlassung aufmerksam gemacht wurde, meinte er, infolge des neuen Vereinsrechts und der damit verbundenen Änderung der Parteioorganisation sei ein Bedürfnis für die Erörterung der Frage nicht mehr vorhanden. Wir können dieser Ansicht nicht beipflichten und bedauern gerade in Hinblick auf die gemeinsame Organisation von Genossinnen und Genossen, daß der letzte badische Parteitag zu Offenburg nicht eingehend darüber beraten hat, auf welche Weise die proletarische Frauenbewegung tatkräftig gefördert werden könne. Die Agitation der



Genossinnen unter den Frauen des werttätigen Volkes unterstützen, die Genossinnen selbst immer besser schulen, das heißt ja nichts anderes als die Zahl und die Reife der sozialdemokratischen Parteimitglieder vergrößern. Es ist aber gar kein Zweifel, daß ein Referat über die Frauenorganisation auf dem Parteitag mit den vorausgehenden und folgenden Diskussionen, Anregungen, Fingerzeigen für die Praxis sehr belebend und kräftigend auf die proletarische Frauenbewegung eingewirkt haben würde. Genossin Vasse-Mannheim, eine der zwei weiblichen Delegierten des Parteitags, mußte sich damit begnügen, außerhalb der Tagesordnung eine Ansprache zu halten, in welcher sie zum Beitritt der Frauen in die sozialdemokratische Partei aufforderte. Hoffentlich werden ihre Ausführungen Frucht tragen. Schon das Beispiel der Finsterlinge, die mit größter Energie danach streben, die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen in ihrem Bann zu halten, muß nimmer erlahmende Betätigung unsererseits herausfordern. Die Genossinnen werden mit regem Eifer im Dienste der großen Sache der Arbeiterklasse weiterarbeiten.

**Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Wombach.** Im April v. J. wurde in Wombach in einer öffentlichen Frauenversammlung, in der Genossin Fahrenwald über die Pflichten der Frau in der politischen Bewegung und ihre Rechte im Staatsleben sprach, eine Frauenorganisation gegründet, der an jenem Abend neun Genossinnen beitraten. Genossin Kardos wurde zur Vertrauensperson gewählt. Die erste Versammlung der organisierten Frauen beschloß nach einem Vortrag des Genossen Wolf im Einverständnis mit dem Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins, daß am ersten Donnerstag eines jeden Monats eine Versammlung zum Zwecke der theoretischen Schulung der Genossinnen stattfinden solle. An den Versammlungen der Genossen, in denen wissenschaftliche Vorträge gehalten wurden, nahmen die Genossinnen ebenfalls teil. Öffentliche Frauenversammlungen, die bestimmt waren, weitere Kreise der Proletarierinnen aufzurütteln, fanden im Laufe des Jahres vier statt. Daß ihre Zahl nicht höher ist, wurde durch die Agitation für die Landtagswahl bedingt, an der sich die Genossinnen beteiligten. Bis 1. Januar 1909 waren 43 Frauen politisch organisiert. In der Generalversammlung wurde Genossin Kardos wieder zur Vertrauensperson gewählt; eine zweite Vertrauensperson ist ihr zur Seite gestellt worden. Mit Freude und Fleiß arbeiten die Genossinnen von Wombach für die Bewegung. Eines hindert sie leider an vielem: die schlechten finanziellen Verhältnisse der Organisation. Der Vorstand der Partei tut, was er kann, aber mit seiner Klasse steht es auch nicht am besten. Von den 30 Pf. Monatsbeitrag, den die Genossinnen entrichten, bleibt nach Abzug aller Ausgaben zu wenig zur Agitation übrig. Einen höheren Beitrag können aber die Frauen nicht zahlen, da sie meist nicht erwerbstätig sind, so daß der kleine Verdienst der Männer, die selbst auch der Partei angehören, für alle Ausgaben auskommen muß. Hoffentlich gelingt es trotz aller Schwierigkeiten, die proletarische Frauenbewegung in kräftigen Fluß zu bringen.

Stelka Kardos.

### Die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen betreffend den Kinderschutz.

Reichsgesetz, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben.  
Vom 30. März 1903.

Genossinnen, schützt die Kinder vor Ausbeutung! An die Wichtigkeit dieser eurer Aufgabe haben wir euch bereits wiederholt erinnert. Wir haben euch auch den Weg gezeigt, wie ihr das tun könnt. In folgendem die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen über den Kinderschutz. In gedrängtem Auszug sind sie bereits in voriger Nummer erschienen. Bei der Wichtigkeit der Sache halten wir es jedoch für nötig, sie nochmals, und zwar ergänzt und erweitert zu veröffentlichen. Wir empfehlen euch, nachstehenden Auszug stets zur Hand zu haben, damit ihr genau überwachen könnt, ob die gesetzlichen Vorschriften respektiert werden.

#### 1. Verbot der Kinderarbeit.

Die Beschäftigung schulpflichtiger und vorschulpflichtiger Kinder ist gänzlich verboten: In Fabriken, auf Bauten aller Art, in Betrieben von Ziegeleien, Brüchen, Gruben, beim Steinklopfen, im Schornsteinfegergewerbe, in dem mit dem Expeditionsgeschäft verbundenen Fuhrwerksbetrieb, beim Mischen und Mahlen von Farben, bei Arbeiten in Kellereien und ferner in einer ganzen Reihe von gesundheitschädlichen Betrieben, die im Gesetz näher bezeichnet sind, so zum Beispiel bei der Tabakfabrikation, sowie auch in der Kleider- und Wäschekonfektion.

Aus den einleitenden Bestimmungen ist zu merken, daß als Kinder im Sinne dieses Gesetzes gelten: Knaben und Mädchen unter dreizehn Jahren sowie solche Knaben und Mädchen über dreizehn Jahren, welche noch zum Besuch der Volksschule verpflichtet sind. Es handelt sich kurz gesagt um schulpflichtige Kinder, denn der Fall, daß ein Kind die Schule beendet haben sollte, ehe es das dreizehnte Jahr erreicht hat, wird wohl kaum vorkommen.

#### 2. Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes über die Beschäftigung fremder und eigener Kinder.

Für die Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern in der Hausindustrie (Heimarbeit), im Betrieb von Werkstätten, im Handelsgewerbe und in Verkehrsgewerben, in Gast- und Schankwirtschaften sowie als Botengänger gelten folgende Vorschriften:

Fremde Kinder unter zwölf Jahren dürfen nicht beschäftigt werden (§ 5 Absatz 1).

Eigene Kinder unter zehn Jahren dürfen nicht beschäftigt werden (§ 13).

Eigene Kinder unter zwölf Jahren dürfen in der Wohnung oder Werkstätte einer Person für Dritte nicht beschäftigt werden (§ 13).

Fremde oder eigene Kinder dürfen nicht vor 8 Uhr früh und nicht nach 8 Uhr abends beschäftigt werden (§§ 5 und 13).

Vor dem Vormittagsunterricht dürfen Kinder überhaupt nicht beschäftigt werden (§§ 5 und 13).

Nachmittags darf die Beschäftigung erst eine Stunde nach Beendigung des Unterrichts beginnen (§§ 5 und 13).

Die Beschäftigung darf nicht länger als drei Stunden und in den Ferien nicht länger als vier Stunden täglich dauern (§§ 5 und 13).

Den Kindern muß eine zweistündige Mittagspause gewährt werden (§§ 5 und 13).

An Sonn- und Festtagen dürfen eigene wie fremde Kinder nicht beschäftigt werden in Werkstätten sowie im Handelsgewerbe und in Verkehrsgewerben (§§ 9 und 13).

Fremde Kinder unter zwölf Jahren dürfen als Botengänger, beim Brot-, Zeitungs-, Milchaustragen usw., nicht beschäftigt werden, und über zwölf Jahre alte fremde Kinder dürfen Sonntags in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags nur zwei Stunden arbeiten, wobei die Zeit des Gottesdienstes freibleiben muß (§§ 9 und 13).

In Gast- und Schankwirtschaften darf kein Kind unter zwölf Jahren beschäftigt werden, schulpflichtige Mädchen über zwölf Jahren, fremde wie eigene, dürfen keine Verwendung zum Bedienen der Gäste finden (§§ 7 und 16). An Orten unter 20 000 Einwohnern ist für kleinere Wirtschaften Dispensation von allen diesen Vorschriften zulässig, soweit es sich um eigene Kinder handelt.

Werkstätten im Sinne dieses Gesetzes sind auch Schlaf- und Wohnräume sowie Küchen, wenn darin gewerbliche Arbeit verrichtet wird.

Die Beschäftigung fremder Kinder ist nur gestattet, wenn der Arbeitgeber für jedes Kind eine von der Ortspolizeibehörde ausgestellte Arbeitskarte besitzt (§ 11).

### Politische Rundschau.

Liebliche Aussichten auf beschleunigtes und verstärktes Flottenwettrennen haben sich plötzlich wieder einmal den Steuerzahlern in England und Deutschland eröffnet. Die liberale Regierung in England hat die liberale Idee fallen lassen, an der Flotte zu sparen, und hat sich der wachsenden imperialistischen Stimmung der englischen Bourgeoisie unterworfen. Sie will jetzt entdeckt haben, daß Deutschland auf dem Sprunge steht, England im Bau der modernen Riesenschlachtschiffe, der Dreadnoughts (Fürchtenichts, der Name des ersten derartigen Schiffes) einzuholen oder gar in einigen Jahren zu überholen. Es wird so hingestellt, als ob alle anderen nicht ganz so modernen und riesenhaften Kriegsschiffe — in denen England ein großes Übergewicht hat — gar nicht mehr in Betracht kämen. Mit dem Übergewicht oder auch nur Gleichgewicht Deutschlands in der Klasse der Dreadnoughts ist es übrigens auch ziemlich fraglich bestellt. Es ist nicht vorhanden und könnte nur erreicht werden, wenn Deutschland seine Bauten außerordentlich beschleunigen und England diesen ruhig zusehen wollte. Das fällt aber der englischen Bourgeoisie natürlich gar nicht ein, ihre Regierung schlägt jetzt ein Programm vor, wonach England für



jeden deutschen Dreadnought schleunigst zwei bauen wird, und unter dem Eindruck ihrer „Entfällungen“ ist die radikale Opposition völlig verstummt, die Abstriche fordern wollte. Alle bürgerlichen Abgeordneten, mit Einschluß der liberalen Arbeitergeborenen, sind jetzt überzeugt, daß die Flotte gewaltig vermehrt werden muß. Die Furcht vor dem deutschen Einsall ist wieder so groß, wie nur jemals, der englisch-deutsche Gegenfahrritt in aller Schärfe zutage. Geradezu in drastischer Weise ist bestätigt worden, was wir in Nr. 11 zu Bülow's und der bürgerlichen Presse Versicherungen sagten, daß der Besuch des englischen Königs in Berlin die großartigste Wirkung auf das Verhältnis zwischen England und Deutschland haben werde. Nur die englische Arbeiterpartei hat sich von der allgemeinen Panik freigehalten und in den Parlamentsdebatten ein Bekenntnis gegen den friedensgefährdenden Rüstungswahnsinn und für die internationale Zusammengehörigkeit mit dem deutschen Proletariat abgelegt.

Das Hinabgleiten des englischen Liberalismus in den imperialistischen Sumpf ist gewiß kein schönes Schauspiel. Die Gerechtigkeit verlangt jedoch zu sagen, daß der englische Liberalismus dreimal durch seinen leitenden Ausschuß die Regierung ersucht hat, Deutschland — auf vertraulichem Wege — für ein Abkommen auf Einschränkung der Flottenrüstungen zu bestimmen. Dreimal hat er sich einen Korb geholt. Das ist ein öffentliches Geheimnis, das selbst von der „Kölnischen Zeitung“ nicht geleugnet wird, die in der auswärtigen Politik meist das Sprachrohr der Regierung ist. Deshalb ist es nicht recht verständlich, wie der Staatssekretär Tirpitz in der Budgetkommission des deutschen Reichstags erklären konnte, er wisse nichts davon, wie auch, daß der Antrag, vom Reichskanzler Auskunft über die Angelegenheit zu fordern, in der Kommission eine Mehrheit finden konnte, da doch die bürgerliche Mehrheit seinerzeit die Ablehnung der britischen Anerbietungen gebilligt hat. Noch viel weniger ist zu verstehen, daß der Kanzler sich vor dieser Auskunft drückt, obgleich er doch schon früher öffentlich erklärt hat, daß Deutschland sich auf solch ein Abkommen nicht einlassen könne. Es wäre ja sehr erfreulich, wenn die Tatsache, daß sich eine Mehrheit für den Antrag in der Kommission fand, anzeigen sollte, daß die bürgerlichen Parteien oder wenigstens ihre Mehrheit eingesehen haben, wie verderblich und töricht die Ablehnung der englischen Anerbietungen war. Aber an diese Einsicht ist kaum zu denken, wie schon der Umstand zeigt, daß die Kommissionsmehrheit sich die Weigerung des Kanzlers ruhig gefallen läßt, vor ihr zu erscheinen. Wäre sie entschlossen, das zu tun, was Deutschlands und Englands Interesse gebieterisch fordert, nämlich die deutsche Regierung zu zwingen, ein Einschränkungsabkommen mit England zu treffen, so hätte sie zunächst einmal den Kanzler zu zwingen, ihr Rede und Antwort zu stehen. Aber nicht einmal dazu langt es. Die deutsche Arbeiterklasse muß um so entschiedener fordern, daß dieses Abkommen getroffen wird, das den Frieden weit mehr sichert als alle Monarchenbesuche, und das dem wahnsinnigen Zustand ein Ende macht, daß Deutschland ein Kriegsschiff baut, damit England zwei baut und somit das Kräfteverhältnis daselbe bleibt. Während dieses Wettlaufens um die beste Flotte müssen in beiden Staaten die Sozialpolitik und andere Kulturaufgaben notleiden, und die Steuerlast steigt ins Ungemessene.

Wie die neue Steuerbürde künftig in Deutschland verteilt werden wird, das ist noch völlig ungewiß. Das samose „Besitzsteuer“-Kompromiß, das in der vorigen Nummer geschildert wurde, scheint schon wieder aufgegeben zu sein; offenbar hält es niemand für der Mühe wert, sich dafür einzusehen. Die süddeutschen Regierungen wollen es nicht und erklären, an der Nachlaßsteuer festzuhalten, im Freisinn soll eine starke Minderheit dagegen bestehen, und die preussische und die Reichsregierung tun, als wäre die ganze Sache für sie nicht vorhanden. Allerlei Gerüchte von neuen Steuerplänen tauchen auf, die alle das gemeinsam haben, daß sie die Besitzenden nicht treffen. Die Finanzkommission hat inzwischen die Inkeraten- und die Gas- und Elektrizitätssteuer glatt abgelehnt und Unterkommissionen mit der Ausarbeitung neuer Vorschläge für die Besteuerung des Tabaks, Bieres und Branntweins betraut. Kurz, alles steht noch im ungewissen, und nur das eine bleibt in diesem Hin und Her als fester Punkt: daß die Besitzenden nicht zahlen wollen und daß das arbeitende Volk bluten soll.

Die Beratungen der Geschäftsordnungskommission, die die Garantien gegen das persönliche Regiment finden und zunächst ein wirksames Interpellationsrecht schaffen sollte, haben endlich zu einem Ergebnis geführt. Es ist freilich auch danach. Die Feigheit des Freisinns und die Demagogie des Zentrums haben dahin geführt, daß schließlich alle Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung des Reichstags abgelehnt

wurden. Wenn das Plenum zum selben Schluß kommen sollte, würde es also dabei bleiben, daß bei Interpellationsverhandlungen der Reichstag seine Meinung durch einen Beschluß nicht ausdrücken darf. So schmachlich endet schon die erste Phase des Kampfes gegen das persönliche Regiment, den das deutsche Bürgertum im November des Vorjahres mit so großen Worten aufnahm. Sehr bezeichnend für die Rolle des Liberalismus bei diesem Hornberger Schießen ist die Erzählung der konservativen „Kreuzzeitung“. Danach sollen sich der freisinnige Staatsmann Müller-Meinungen und sein nationalliberaler Kollege Dr. Jund vorichtigerweise beim Reichskanzler erkundigt haben, wie weit sie ihren Liberalismus in dieser Sache treiben dürfen. Der Kanzler habe Interpellationen mit Beschlüssen und andere konstitutionelle Garantien sehr bedenklich gefunden, und darauf sei den beiden Feldern in der Kommission die Schneid abhanden gekommen. Die Geschichte wird wahr sein, denn die beiden Herren haben nur ein jämmerliches Verlegenheitsgestammel dagegen aufgebracht, und die „Kreuzzeitung“ hält ihre Meldung entschieden aufrecht.

Im Reichstag wurde bei der Beratung des Militäretats von den sozialdemokratischen Rednern am Militarismus die gebotene scharfe Kritik geübt. Der Kriegsminister suchte durch ein „frisiertes“ Zitat an einer Abhandlung Kautskys die Sozialdemokratie als Anhängerin des Militärstreiks hinzustellen. Das bekam ihm aber schlecht, da andern Tages nachgewiesen werden konnte, daß der Herr die entscheidenden Sätze unterschlagen hatte, in denen sich Kautsky gegen den Militärstreik erklärt. Bei der Etatberatung im preussischen Dreiklassenhaus demonstrierten Kraut- und Schlotjunker anlässlich sozialdemokratischer Anträge auf Verbesserung der Fabrikinspektion und des Bauarbeiterschutzes gegen den Arbeiterschutz.

Dem Reichstag ging der schon im Januar angekündigte Gesetzesentwurf auf Abänderung des Strafgesetzbuches zu. Es wird noch des näheren über seinen Inhalt zu sprechen sein, der sich in der Hauptsache gegen die Arbeiterpresse richtet. Eine ungeheuerliche Erhöhung der Geldstrafen und Bußen für Verleumdungen bis 10000 und 20000 Mark, sowie Einschränkung des Wahrheitsbeweises ist vorgesehen.

Das Attentat auf das Gemeinwahlrecht von Kiel ist vorläufig abgeschlagen worden, da sich noch einige Freisinnige fanden, die mit den Sozialdemokraten gegen den Verschlechterungsantrag stimmten. Aber die Mehrheit war gering, und die bürgerlichen Opponenten ließen durchblicken, daß sie für die Verschlechterung zu haben sein würden, wenn wirklich eine sozialdemokratische Mehrheit drohe.

In Bayern hat der Kultusminister Wehner die Beschwerde des Landtagsabgeordneten Genossen Hofmann gegen seine Entsetzung vom Amte des Fortbildungsschullehrers lediglich wegen der öffentlichen Bekundung sozialdemokratischer Gesinnung für unberechtigt erklärt. Womit der Fabel von der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Sozialdemokratie in Bayern nun auch durch ein offizielles Aktenstück ein Ende gemacht worden ist. Schon längst stand die Tatsache fest, daß Genosse Hofmann der Maßregelung als Volksschullehrer nur deshalb entgangen war, weil er auf ihre Androhung hin „freiwillig“ sein Amt niederlegte. Die Stellung der sozialdemokratischen Budgetbewilliger hat damit einen harten Stoß erlitten.

In Frankreich führen die Pariser Post- und Telegraphenbeamten einen energischen Streik durch, der sich gegen die Günstlingswirtschaft des Postministers Simyan richtet. Die Arbeiterklasse und ein Teil des Bürgertums sympathisieren mit den Ausständigen, die über Paris einen wahren Notstand gebracht haben. Regierung und Kammermehrheit haben zwar zur Wahrung der Autorität sich scharf gegen die streikenden Beamten gewendet, doch erwartet man, daß der Postminister gehen wird. — Bei Ersahwahlen zur Kammer gewann die Sozialdemokratie am 8. März einen Sitz in Lyon und brachte einen Kandidaten in aussichtsreiche Stichwahl. Die Radikalen wurden bei diesen Wahlen geschwächt.

Auch in Italien erzielten die Sozialisten bei den Wahlen gute Erfolge. Es wurden in Haupt- und Stichwahlen zusammen 42 sozialistische Kandidaten gewählt, gegen 26 in der vorigen Periode. Ein Teil dieses Erfolges kommt freilich auf Rechnung bürgerlicher Wahlhilfe.

Auf dem Balkan sieht es wieder sehr bedenklich aus. Österreich und Serbien haben mobilisiert — die Entscheidung steht auf des Messers Schneide. Ob Rußland, das in den letzten Tagen wieder einen Zug gegen Österreich getan hat, schließlich in letzter Stunde noch Serbien zurückweist, ist ebenso ungewiß wie die Antwort auf die Frage, ob der Krieg auf Österreich und Serbien beschränkt bleiben oder ob er zum Weltkrieg auswachsen würde. H. B.



### Gewerkschaftliche Rundschau.

Im vergangenen Jahre hat der wirtschaftliche Niedergang un-  
zweifelhaft dem Unternehmertum eine günstigere Position im wirt-  
schaftlichen Kampfe geschaffen als den Arbeitern. Besonders trat  
das in jenen Industrien zutage, wo tarifliche Festlegungen der Ar-  
beitsbedingungen nicht ein Bollwerk boten wider den Ansturm der  
Kapitalisten, welche die Situation zur gesteigerten Ausbeutung  
„ihrer Hände“ nutzen wollten. Die allgemeinen Verhältnisse würden  
es erklären, wenn im letzten Jahre die Streiks der Arbeiter ge-  
ringeren Erfolg gehabt hätten als die Aussperrungen der Unter-  
nehmer, und wenn die Kämpfe an Zahl hinter denen in den Vor-  
jahren zurückgeblieben wären. Trotzdem dürfen wir bezweifeln, ob  
all das zutrifft, was die amtliche Statistik in einer vor-  
läufigen Zusammenstellung schon jetzt über Streiks und  
Aussperrungen in Deutschland für das Jahr 1908 mitzuteilen weiß.  
Es ist ja eine bekannte und erwiesene Tatsache, daß zwischen der amt-  
lichen Streikstatistik und derjenigen, welche die freien Gewerkschaften  
aufnehmen, stets große Differenzen bestehen. Zu den Eigentüm-  
lichkeiten der ersteren gehört, daß sie die Tätigkeit und die Erfolge  
der Gewerkschaften in kleinerem Lichte zeigt. Wir tun also der vor-  
liegenden Veröffentlichung gewiß nicht unrecht, wenn wir annehmen,  
daß sie nicht besser ist als ihre Vorgängerinnen. Sogar die ein-  
gesteigerte bürgerliche „Soziale Praxis“ sagte von ihr: „Beachtet  
werden muß jedoch, daß die Zahlen der amtlichen Streikstatistik nur  
sehr bedingt zu verwerten sind.“ Mit aller Reserve teilen wir da-  
her das vorläufige amtliche Ergebnis mit. Danach wären im  
Jahre 1908 insgesamt 1807 Streiks geführt worden, an denen 4817  
Betriebe mit 197 000 Arbeitern und Arbeiterinnen beteiligt waren.  
Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden betrug 68 000. Bei 210  
Ausständen war voller und bei 415 teilweiser Erfolg zu verzeichnen,  
682 gingen verloren. Es fanden 181 Aussperrungen statt, von denen  
114 vollen, 56 teilweisen und 11 keinen Erfolg brachten. Gegen das  
Jahr 1907 hätten laut der amtlichen Aufstellung die Kämpfe nach  
Zahl und Ausdehnung um die Hälfte abgenommen. Erst die ge-  
werkschaftliche Statistik wird uns zuverlässige Zahlen bringen, die  
einen zutreffenden Vergleich ermöglichen. Die vorliegenden amtlichen  
Ziffern haben nur den Wert einer interessanten Vormeldung.

Eine Machtförderung der Unternehmerverbände berichtet deren  
Publikationsorgan. Die Hauptstelle deutscher Arbeit-  
geberverbände und der Verein deutscher Arbeit-  
geberverbände haben einen Kartellvertrag abge-  
geschlossen. Zweck des Vertrags ist erhöhter Schutz der Arbeits-  
willigen, strengere Durchführung der Streik Klausel, gegenseitige Hilfe  
bei Streiks und Boykotts und Förderung der Arbeitgeber nachweise.  
Die Frage der beiderseitigen Streitversicherungsanstalten soll  
noch durch besondere Organe der Vertragsschließenden geregelt  
werden. Nicht vergessen wurde natürlich bei Abschluß des Kartell-  
vertrags eine Bestimmung, nach der streikende und ausgesperrte  
Arbeiter als Freiwillige zu betrachten sind. Sie sollen während der  
Dauer eines Kampfes in den Betrieben der organisierten und kar-  
tellierten Unternehmer keine Beschäftigung finden. Ohne Einfluß  
auf diese Bestimmung bleibt die Berechtigung eines Ausstandes,  
die nicht nachgeprüft werden soll, wenn sie bereits „ordnungsgemäß  
geprüft“ worden ist. Was diese „ordnungsgemäße“ Prüfung be-  
deutet, können sich die Arbeiter und Arbeiterinnen an den Fingern  
abzählen. Auch dieser neueste Coup der Scharfmacher wird, wie  
schon mancher andere, ein Schlag ins Wasser bleiben. Die wirt-  
schaftliche Krise währt nicht ewig. Und wenn sie nicht mehr die  
Segel des Unternehmertums bläht, werden auch die stolzen Herren  
mit sich reden lassen. Die Lust am Herr-im-Hause-Spielen hält nicht  
stand, wenn fetter Profit winkt. Und die Arbeiter und Arbeiter-  
innen, die sich immer fester zusammenschließen, ihre Organisationen  
immer besser ausbauen, werden über all die „geprüften“ und „ge-  
regelten“ Fragen ein gewichtiges Wort mitsprechen. Mag die  
Scharfmacherei vorübergehend Siege erringen, ihre Hauptwirkung  
bleibt doch, die Ausgebeuteten fester und fester zu vereinen und  
dadurch nicht bloß ihre Überwindung herbeizuführen, sondern den  
Sturz der Ausbeutungsgesellschaft vorzubereiten.

Aus dem Textilgewerbe sind einige Erfolge der Arbeiter  
und Arbeiterinnen zu berichten. In Konstanz wurde eine beab-  
sichtigte Lohnreduktion durch Ankündigung eines Streiks zurück-  
geschlagen. Die sächsisch-lühringischen Weber eien geben  
einen neuen Lohn tarif bekannt, nach dem ab 2. April einige Lohn-  
erhöhungen in Kraft treten. Der Kampf im Eulengebirge  
dauert fort und zeigt musterhafte Solidarität der Arbeiterschaft.  
In einer Baumwollspinnerei im Allgäu wird dagegen leider  
eine Bewegung auf Gewährung der 10 $\frac{1}{2}$  stündigen Arbeitszeit und  
einer fünfprozentigen Lohnzulage durch das verräterische Verhalten  
einiger Arbeitswilligen in Frage gestellt.

In der Holzindustrie ist das siegreiche Vordringen des  
Tarifvertrags bisher im Rheinland und in Westfalen auf  
Schwierigkeiten gestoßen. Bekanntlich haben in jener Gegend auch  
die Buchdrucker am längsten auf die Einführung ihres Tarifes  
warten müssen. Die rheinisch-westfälischen Holzindustriellen wollen  
den Abschluß von Tarifverträgen auf eine eigentümliche Art her-  
beiführen. Eine Versammlung dieser Herren in Bochum beschloß  
wie folgt: Wenn die Arbeiter nicht einwilligen, daß die gegen-  
wärtig geltenden Lohnsätze tariflich festgelegt werden, so soll eine  
Lohnkürzung stattfinden; hält die Weigerung an, so tritt nach  
Verlauf von 14 Tagen eine weitere Lohnkürzung ein. Man ist  
verfucht, zu fragen: „Sonst nichts, ihr Herren?“ Ein schäbiger  
Expresstreck — um uns milde auszudrücken — ist es, wenn die  
Unternehmer in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs den Aus-  
gebeuteten niedrige Löhne aufzwingen, die tariflich gebunden auch  
für die Zeit besserer Geschäftskonjunktur bestehen bleiben sollen.  
Ob indessen die Bäume der rheinisch-westfälischen Holzindustriellen  
in den Himmel wachsen, bleibt abzuwarten. Der Holzarbeiterver-  
band sorgt durch seine rührige Betätigung dafür, daß der Unter-  
nehmermacht Grenzen gezogen werden. So hat er für die Zeit  
vom 13. bis 29. März eine Agitation in ganz Deutschland vor-  
bereitet. In ungefähr 700 Versammlungen wird in dieser Zeit das  
Thema behandelt: „Wer schützt die Interessen der Holzarbeiter.“

Zu einer größeren Tarifberatung respektive Schieds-  
gerichtsitzung treten die Beauftragten der Arbeiter und Ar-  
beitgeber des Schneiderverbandes Ende dieses Monats in  
Frankfurt a. M. zusammen, um in erster Linie die noch schweben-  
den örtlichen Differenzen zu regeln. Zu dem Zwecke sollten die  
örtlichen Tarifabmachungen bis spätestens 12. März beendet sein.  
Verhandlungen darüber sind gegenwärtig noch in zirka 25 Städten  
im Gange. Die Konferenz hat reichlich Arbeit vor sich und dürfte  
daher mehrere Tage dauern.

Der Streik der Kohlenlader in Kiel dauert fort. Verhand-  
lungen, die aufgenommen wurden, scheiterten, sollen aber wieder  
angebahnt werden. Die Streikbrecherzufuhr scheint gering zu sein,  
und das Löschen der Dampfer geht daher nur sehr flau vor sich;  
90 Arbeitswillige, die auch in ihrer freien Zeit an Bord bleiben,  
mühen sich im Schweiße ihres Angesichts, das Kapital zu retten.

Der Kampf der Bühnengestellten nimmt einen erfreu-  
lichen, lebhaften Fortgang, und ihre Organisation macht gute Fort-  
schritte. Vielerorts finden Protestversammlungen statt, in denen  
sich besonders die Schauspieler dagegen wehren, daß der Bühnen-  
verein (Arbeitgeberverein) ihre Organisation, die Bühnengenossen-  
schaft, als Vertreterin der Bühnengehörigen nicht anerkennen  
und ihre Pensionsanstalt schwächen will. Eine solche Versamm-  
lung, die in Berlin stattfand, beansprucht besonderes Interesse.  
Die kämpfenden Bühnengestellten hatten zu ihr Reichstags-  
abgeordnete aller Parteien eingeladen, jedoch nur Vertreter des  
Zentrums und der Sozialdemokratie waren dem Rufe gefolgt. Zwei  
Mitglieder der freisinnigen Vereinigung ließen sich wegen ihres  
Fernbleibens entschuldigen, und ein freisinniger Volksparteiler schickte  
den Versammelten ein Sympathieschreiben. Das Verhalten der  
bürgerlich Liberalen ist besonders beachtenswert, weil diese Herren  
sich bekanntlich bei jeder Gelegenheit mit hohlem Pathos als die  
berufenen Vertreter der „Bildung“ und als Schützer der Kunst auf-  
spielen. Wo blieb insbesondere Herr Müller-Meinungen, der in  
seinen Schützenfestreden so tut, als ob er den Schutz und die Frei-  
heit der Kunst in Erbpacht genommen habe? Wahrscheinlich mußte  
er gerade helfen die Nachlasssteuer begraben und die Tabaksteuer  
retten, oder schwitzte er über einem neuen Kommentar zum Verrat  
des Freisinns beim Vereinsgesetz? Der Bühnenverein spinnt bei  
der Affäre keine Seide. Sogar mehrere Stadtverwaltungen haben  
es abgelehnt, das Rezept des Herrn Generalintendanten in ihren  
Stadttheatern zur Anwendung zu bringen. Die Scharfmacher ver-  
teidigen sich in einem Flugblatt und suchen die Aufhebung des  
Schiedsgerichts zu rechtfertigen, jedoch mit wenig Glück: das Recht  
der ausgewucherten und unterdrückten Schauspieler und Schau-  
spielerinnen ist zu offensichtlich. Hoffentlich hat die Bewegung zu-  
nächst den Erfolg, daß der Reichstag auf eine Änderung der Ge-  
setzgebung dringt, welche den Bühnengestellten wenigstens den  
Schutz sichert, den die gewerblichen Arbeiter haben.

Die Lithographen und Steindrucker mußten sich im Inter-  
esse ihres Berufes gegen die geplante Reklamesteuer wenden.  
Zahlreiche Protestversammlungen beschäftigten sich damit und nahmen  
Resolutionen gegen das Steuerprojekt an. Angesichts der We-  
strebungen zur Aufklärung und Organisierung der proletarischen  
Jugend verdient die Lehrlingsabteilung des Lithographen-  
verbandes Beachtung. Sie wurde am 1. März 1908 gegründet und  
zählt 3397 Mitglieder. 223 junge Leute traten infolge der Be-



endigung ihrer Lehrzeit aus der Abteilung aus und in den Verband über; wegen nicht gezahlter Beiträge mußten nur 13 Mitglieder gestrichen werden. Die Abteilung für Lehrlinge fördert ihre Mitglieder beruflich durch Zeichen- und Malkurse, sorgt aber auch durch Lehrabende und Vorträge für ihre sonstige Bildung. Da der Verband der Lithographen und Steindruckere eine verhältnismäßig kleine Organisation ist, so kann man aus dem Erfolg seiner Bestrebungen zur Organisierung der Lehrlinge hoffnungsvolle Schlüsse auf das ziehen, was Gewerkschaften und Partei gemeinsam zur Erziehung der Jugend in unserem Sinne zu leisten vermögen.

Zwischen den Verbänden der Hafenarbeiter und Seeleute auf der einen Seite, dem Transportarbeiterverband auf der anderen sind leider Unstimmigkeiten entstanden. Die drei Organisationen hatten seit vier Jahren einen Kartellvertrag, der die Organisationsgrenzen festsetzte, ein gutes Einvernehmen förderte und den Zusammenschluß zu einem Industrieverband anbahnen sollte. Die Verbände der Hafenarbeiter und der Seeleute erklärten den Vertrag für aufgehoben, die Transportarbeiter haben jedoch beide zu einer Konferenz eingeladen, die hoffentlich zu einer Verständigung über die Differenz führt, die wegen geringfügiger Anlässe in einem Betrieb zum Ausbruch gekommen ist. — Der seit Jahren wütende Kampf zwischen den Metallarbeiterorganisationen in Solingen konnte trotz dreitägiger Bemühungen der Generalkommission und des Parteivorstandes bedauerlicherweise noch immer nicht beigelegt werden. Zwischen Metallarbeiterverband und Solinger Industriearbeiterverband kam kein Kartellvertrag zustande.

Das Organ des Bäckerverbandes brachte in der letzten Nummer einen anregenden, inhaltsreichen Artikel über „Die Arbeiterin in unserer Organisation“. Der Artikel behandelt die Fortschritte des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Arbeiterinnen im allgemeinen und verbreitet sich dann über die Organisierung der recht zahlreichen Arbeiterinnen, die in Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken beschäftigt sind. Zum Schluß heißt es treffend: „Man legt aber an die junge Arbeiterin oft einen falschen Maßstab und verlangt, daß bereits Mädchen von 17 bis 18 Jahren sofort mit demselben Ernste Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Tätigkeit begreifen sollen wie ältere Männer. Sieht man sich darin getäuscht, so hält man sie überhaupt nicht für belehrbar. Man vergißt, daß in diesem Alter auch der junge Mann solchen Fragen meist ebensowenig Ernst entgegenbringt. Kümmerst man sich aber eingehend um die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterin, so weiß sie dies meist sehr bald zu schätzen und begreift das Wesentliche unserer Ziele sehr schnell.“ Das stimmt und sollte bei den Bestrebungen zur Organisierung der Arbeiterinnen in allen Berufen beachtet werden. Was betrifft der jugendlichen Proletarierin festgestellt ist, weist aber auch darauf hin, wie dringend es ist, daß der proletarische Nachwuchs ohne Unterschied des Geschlechts aufgeklärt und organisiert wird. Die Genossinnen müssen unablässig bestrebt sein, die jungen Mädchen der sozialistischen Jugendbewegung zuzuführen. #

**Vom Kampfplatz der Textilarbeiter im Culengebirge.** Die Weber und Weberinnen der Firma W. Neugebauer Söhne & Postpischil in Langenbielau sind bei ihrem Beschluß beharrt, sich dem neuen Lohnscharif ihres „Brotgebers“ nicht zu fügen. Die Aussperrung ist daher nun, wie angedroht, auch über die Hilfsarbeiter verhängt worden. Ist es etwa Eigensinn und Leichtfertigkeit, daß die Ausständigen von keinem Nachgeben wissen wollen, so daß Hunderte von Brüdern und Schwestern mehr in den Kampf gezogen worden sind? Gewiß nicht! Ihr Entschluß ist im letzten Grunde das Kind der Verzweiflung. Die Kämpfenden sind der Meinung, daß sie am alten Glend schwer genug zu tragen haben, und daß sie sich dem neuen, größeren Jammer nicht kampfslos ergeben dürfen. Härtere Entbehrungen, schwärzere Not würde aber die Durchführung des neuen Lohnscharifs bedeuten. Schier unerträglich müßte das Leben für sie werden, würde er ihnen aufgezungen. Die armen Weber und Weberinnen des Culengebirges haben schwer gelitten, als 1908 die Krise über sie hereingebrochen ist mit allen ihren Begleiterscheinungen: wenig Brot, Krankheit und namenlose Sorge in jeder Gestalt. Dazu die Teuerungsspreise! Als hier und da die Arbeiter bescheidene Lohnerhöhungen zu fordern wagten, wurden sie erbarmungslos niedergebittelt, Aussperrungen brachen ihre Auflehnung gegen allzuviel Hunger und Kummer. Sie mußten sich fügen. Eine Lohnreduktion folgte der anderen auf dem Fuße. Die Weber der Firma Jung zum Beispiel wurden mit einer Lohnreduktion von 10 bis 15 Prozent bedacht; bei der größten Firma in Langenbielau, bei Chr. Dierig, wurden verschiedene Webartikel bis 80 Prozent im Lohn herab-

gesetzt. Die Spulerrinnen der Firma Postpischil mußten sich eine Lohnreduktion von 80 Prozent gefallen lassen. Dazu weniger Beschäftigung und unregelmäßige Beschäftigung. Löhne von 3 bis 4 Mk. die Woche waren an der Tagesordnung, so daß Mann und Frau zusammen nur 7 bis 10 Mk. wöchentlich heimbrachten. Die Folgen der durch diese Zustände geschaffenen Unterernährung blieben selbstverständlich nicht aus: Typhus und Lungenschwindsucht griffen um sich und forderten zahlreiche Opfer. In der Filiale Langenbielau hat der Textilarbeiterverband 1908 nicht weniger als 63 Mitglieder durch den Tod verloren. Mehr als 500 Arbeiterfamilien wanderten im nämlichen Jahre aus, lehrten dem „Vaterland“ den Rücken, das ihnen ein wahrer Rabenwater war. Dreiviertel Jahre lang hatten sich die Arbeiter bei einer Beschäftigung von 4 1/2 Tagen in der Woche durchgehungen, in der Hoffnung, daß die Krise und damit die Not doch endlich ein Ende nehmen müsse. Die Krise ging zu Ende, denn 1909 ließen zur allgemeinen Freude die Betriebe wieder die volle Arbeitszeit schaffen, doch — die Not sollte die alte bleiben, ja verschärft werden. So war es beschlossen im hohen Räte einiger Textilbarone. Zehn Bourgeoisfamilien wollen — „ja auch leben“. Darum das Hungertuch, darum die verzweifelte Abwehr der Arbeiter! Von dem großen Verdienst abgesehen, haben die Arbeiter und Arbeiterinnen des bestreikten Betriebes noch unter zahlreichen Mißständen gelitten. In zwanzig Jahren vierzehn Direktoren, von denen jeder natürlich neue „erlösende“ Ideen und neue Einrichtungen brachte, das will etwas heißen! Schlechtes Schuh- und Kettenmaterial trugen auch nicht zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft bei. Kurz, ein echt schlesisches Eden ist es, in dem diese Arbeiterschaft lebt, und nur die äußerste Not hat sie trotz allem in den Kampf gepeitscht. Diese Not ist so allgemein, sie lastet so drückend auf allen, daß sie eine seltene Einigkeit und Aufopferungswilligkeit gezeitigt hat. Öffentlich steht die Ausdauer der Kämpfenden auf der Höhe ihrer Solidarität, so daß sie den Sieg erringen. ed.

## Notizenteil.

### Dienstbotenfrage.

**Der Verein der Dienstmädchen, Wasch- und Schenerfrauen von Hamburg, Altona und Umgegend** hielt am 11. März eine Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Die Anwesenden ehrten das Andenken des kürzlich verstorbenen Mitglieds Mathilde Kummer und t. Nachdem die Vorsitzende mitgeteilt hatte, daß sie in der nächsten Mitgliederversammlung von der Konferenz der freien Dienstbotenorganisationen Bericht erstatten werde, gab Genossin Kuhlmann bekannt, daß das Kostümfest eine Einnahme von 672,23 Mk. und eine Ausgabe von 472,81 Mk. gebracht, also einen Überschuß von 199,42 Mk. abgeworfen hat. Einem durch Frau d'Haas angeregten Beschluß zufolge wird dieser Überschuß zur Anschaffung von Bureaumöbeln verwendet werden. Mit Aufmerksamkeit und Beifall nahm die Versammlung einen Vortrag des Genossen Busch entgegen über das Thema: „Armut und Reichtum“, der mit der Aufforderung an die Frauen und Mädchen schloß, in den Organisationen der Klassenbewußten Proletarier an der Eringung gleichen Rechts für alle Menschen mitzukämpfen. Einige Beschwerden über Arbeitsverhältnisse, die Fräulein Karstensen vorbrachte, wurden der Vorsitzenden zur Erledigung überwiesen. Frau W. frug bei den Revisoren an, wie sich die in der Abrechnung von 1907 angegebenen Zahlen zu dem Kartellbericht verhalten. Nach einer kurzen Debatte, an der sich die Genossinnen Kähler, Voss, Thalman, Kuhlmann und Mangels beteiligten, stellte sich heraus, daß die bemängelte Differenz auf einem Irrtum beruht. Die Aspirator-Company ließ der Versammlung einen Staubsaugapparat vorführen, welcher den Staub von allen Gegenständen leicht und gründlich entfernt. Mit dem größten Interesse folgten die Versammelten der Vorführung, die den Zweck hatte, die Mädchen anzuregen, daß sie den Herrschaften den Apparat zum Kauf empfehlen. Da im Stellennachweis, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof, reichlich offene Stellen angemeldet sind, liegt es im Interesse der Stellensuchenden, sich an den Nachweis zu wenden. B. Mangels.

**Verein der Dienstmädchen, Wasch- und Schenerfrauen von Hamburg, Altona und Umgegend** (Sitz Hamburg). Kolleginnen! Mit der Entsendung einer Delegierten zur Dienstbotenkonferenz in Berlin haben die Mitglieder unseres Vereins dokumentiert, daß sie sich dem Zentralverband anschließen wollen. Von der Konferenz ist beschlossen worden, daß Berliner Hausangestelltenblatt als Verbandsorgan einzuführen. Der Hamburger Verein hat bisher seinen Mitgliedern die „Gleichheit“ geliefert. Laut Beschluß der



Berliner Konferenz kann er vom 1. April 1909 an dieselbe seinen Mitgliedern nicht mehr zustellen. Der unterzeichnete Vorstand richtet daher die Bitte an die Mitglieder, denen die „Gleichheit“ lieb und wert geworden ist, Abonnet des Blattes zu werden. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Die Kassiererinnen unserer Organisation sowie das Bureau derselben und alle Kolporteurs des „Hamburger Echo“ nehmen Adressen entgegen. Mit Gruß

Der Vorstand. F. A.: Luise Kähler.

**Der Dienstbotenverein Nürnberg** hielt am 28. Februar eine Mitgliederversammlung ab, die trotz des günstigen Wetters und des Sonntags außerordentlich stark besucht war, ein bereites Zeugnis für das rege Interesse, das der Organisation entgegengebracht wird. Alle Anwesenden lauschten mit Aufmerksamkeit dem Vortrag des Arztes, der in klarer, leichtverständlicher Weise über den Blutkreislauf, die Aufgabe des Herzens, Ernährung und Atmung sprach. Er betonte dabei, daß die richtigen Kenntnisse darüber notwendige Vorbedingungen für die Abwehr von Krankheiten seien. Den Arbeitenden, deren einziges Gut die Gesundheit ist, müsse mehr als den Reichen an der Aufklärung über die betreffenden Fragen liegen. Mager Beifall zeigte das Interesse an den Ausführungen, und aus der Versammlung wurde der Wunsch laut, daß der Referent noch mehr Vorträge halten solle. In der Diskussion wies die Vorsitzende auf die Wichtigkeit der Organisation der Hausangestellten hin. Nur durch Geschlossenheit und Einigkeit könne den zahlreichen Missetänden ihrer Lage, wie schlechte Behandlung, ungesunde Schlafgelegenheiten, übermäßige Arbeitszeit, niedrige Entlohnung usw., entgegengewirkt werden. Und nur durch große Vereinigungen, die die Interessen der Angestellten sowohl in geistiger wie in materieller Beziehung voll vertreten, sei eine erspriessliche Wirksamkeit in dieser Richtung möglich. Ihre Ausführungen endeten in der Mahnung: Ihr Angestellten jeglicher Konfession, jeglichen Alters und Geschlechts, hinein in die Organisation, nur hier lernt ihr eure Menschenrechte kennen, lernt ihr emporeigen über die Misere des Altags! Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Klage gegen die Mutherrschafft Goldstein zugunsten der Klägerin erledigt ist. Unser Mitglied hat das von der Herrschafft zurückgeforderte Weihnachtspresent, 50 Mk., zugesprochen erhalten, ebenso die 24 Mk. für die als Ersatz gestellte Köchin. Ohne das Eingreifen des Dienstbotenvereins hätte die Familie Goldstein dem Mädchen nie die 74 Mk. herausbezahlt. Der Fall gibt eine beherzigenswerte Antwort auf die Frage: Was nützt die Organisation? Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß vom 1. April ab die „Gleichheit“ nicht mehr den Vereinsmitgliedern geliefert wird, sondern das „Zentralorgan der Hausangestellten“, die Monatschrift unseres Zentralverbandes. Ebenfalls vom 1. April ab werden Beitragsmarken à 40 Pf. eingeführt. Auf den unten veröffentlichten Fragebogen kommen wir in Nr. 1 des Zentralorgans noch zu sprechen. Eine große öffentliche Dienstbotenversammlung, die sich mit der Erhebung beschäftigen wird, findet am 9. Mai statt. Zum Schluß noch die Mitteilung, daß am 25. April unser drittes Stiftungsfest im „Sächsischen Hof“ stattfindet. Während der Tanzpausen wird der Kunst-Radsfahrerverein künstlerische Reigen ausführen, Mitglieder bringen ein Theaterstück zur Aufführung: „Karolinsens erster Dienst in der Stadt“. Sämtliche Mitglieder sind freundlichst eingeladen.

**Ein Erfolg der Dienstbotenbewegung.** Die Eingabe des Nürnberger und Münchener Dienstbotenvereins an den bayerischen Landtag, der sich noch andere Organisationen angeschlossen hatten, ist nicht ohne Wirkung geblieben. Die Verhandlungen darüber, welche den sozialdemokratischen Abgeordneten Auer und Segitz Gelegenheit gaben, die äußerst verbesserungsbedürftige Lage der Dienenden zu zeigen und ihre Forderungen zu begründen, haben den Minister des Innern veranlaßt, wenigstens einen schwachen Versuch zu machen, die einschlägigen Verhältnisse durch amtliche Erhebungen festzustellen.

An die Magistrate von München und Nürnberg ergingen Schreiben, in denen angefragt wurde, ob diese Städte bereit sind, sich an der Erhebung zu beteiligen. Diese soll sich mit Rücksicht auf die Kosten nur auf ein Zehntel der Dienstboten erstrecken. Dem Schreiben wurde ein Fragebogen beigelegt, der Auskunft über die folgenden Punkte fordert:

Name des Dienstboten:

Art der Beschäftigung des Dienstboten:

Alter des Dienstboten:

Name der Dienstherrschafft:

Beruf der Dienstherrschafft:

Wohnung der Dienstherrschafft: (Straße, Platz) Nr. . . . , Stock . . .

1. Welche und wieviel Personen gehören, abgesehen von dem (den) Dienstboten zum Haushalt, und zwar: a. Dienstherrschafft (Mann und Frau? Mann allein? Frau allein?) b. Kinder von

2 bis 14 Jahren und wie viele? c. Kinder unter 2 Jahren und wie viele? d. Sonstige Personen (erwachsene Kinder, erwachsene Verwandte, Zimmermieter usw.), wie viele und welcher Art?

2. a. Wie viele Dienstboten befinden sich im ganzen Haushalt? b. Werden außer dem (den) Dienstboten noch andere Arbeitskräfte (Zugeherinnen, Wäscherinnen, Kindermädchen usw.) verwendet? Wenn ja, wie viele und zu welchen Arbeiten?

3. Wird der Dienstbote außer dem Haushalt auch zu Arbeiten für einen etwaigen Geschäftsbetrieb (Wegerei, Bäckerei usw.) verwendet? Wenn ja, zu welchen Arbeiten?

4. Welchen Monatslohn bekommt der Dienstbote, und zwar a. Lohn allein: . . . Mk., b. Biergeld: . . . Mk., c. wenn der Dienstbote kein Biergeld erhält: Wert des im Monat vereinbarungsgemäß verabreichten Bieres . . . Mk.

5. Bezahlt die Dienstherrschafft die Beiträge zur Kranken- und zur Invalidenversicherung ganz?

6. Wert (Anschlag) der jährlichen Nebeneinnahmen des Dienstboten: a. Trinkgeld usw. . . Mk., b. Weihnachtsgeschenk . . . Mk., c. sonstige (Kleider usw.) . . . Mk.

7. Muß sich der Dienstbote das Abendessen in der Regel selber kaufen? Wenn ja, welchen Geldbetrag gibt ihm die Herrschafft für ein Abendessen?

8. Wann muß der Dienstbote regelmäßig aufstehen: a. an Werktagen, b. an Sonn- und Feiertagen?

9. Wann ist der Dienstbote abends gewöhnlich mit der Arbeit für die Herrschafft fertig?

10. Ist der Dienstbote von früh bis abends ständig für den Haushalt beschäftigt oder finden auch Arbeitspausen statt, und wie lange dauern diese?

11. In welcher Weise ist der Sonntagsausgang des Dienstboten geregelt: a. wie oft? b. von wann bis wann?

12. Hat der Dienstbote an Sonn- und Feiertagen Gelegenheit zur Erfüllung seiner religiösen Verpflichtungen?

13. Hat der Dienstbote auch an Wochentagen Ausgang? Wenn ja a. wie oft? b. von wann bis wann?

14. Hat der Dienstbote einen Schlafraum für sich allein? Wenn nein: a. wie viele Personen schlafen sonst noch in dem Raum? b. wer sind diese anderen Personen (andere Dienstboten, Kinder der Herrschafft, pflegebedürftige Familienmitglieder usw.)?

15. Ist der Schlafraum des Dienstboten von innen verschließbar?

16. a. Befindet sich der Schlafraum innerhalb oder außerhalb der Wohnung der Herrschafft? b. In letzterem Falle: wo (auf dem Speicher, im Hinterhaus usw.)? Befinden sich dort auch die Dienstbotenschlafräume anderer Haushaltungen?

17. Wird der Schlafraum tagsüber zu anderen Zwecken verwendet? Wenn ja: zu welchen?

18. a. Hat der Schlafraum ein Fenster? b. Wenn ja: wohin geht es?

19. Sonstige Bemerkungen.

(Unterschrift des Beantwortenden.)

Der Magistrat München hat beschlossen, den Wünschen des Staatsministeriums entsprechend an der Erhebung mitzuwirken. Der Nürnberger Magistrat wird voraussichtlich ebenso beschließen.

**Aus dem Leben des weiblichen Dienstpersonals.** Vor dem Karlsruher Gewerbegericht wurde der dortige Kronenwirt Dreher von dem Büfettfräulein W. B. wegen rechtswidriger Entlassung verklagt und zu einem Lohnersatz verurteilt. Dabei zeigte es sich wieder, welchen Schikanen diese weiblichen Bediensteten ausgesetzt sind. Als nämlich bei der Abrechnung der Wirtschaftskasse sich ein kleines Defizit von 2 Mk. ergab, wurde das Büfettfräulein sofort vom Dienstherrn des Diebstahls beschuldigt und angezeigt. Nach dem Rechte unseres bürgerlichen Klassenstaats ist ein derartiges stellenloses Geschöpf selbstverständlich fluchtverdächtig und muß am Davonlaufen durch Verhaftung gehindert werden. Das passierte auch Fräulein B. Des anderen Tages mußte die Verhaftete wieder freigelassen werden, denn es konnte nachgewiesen werden, daß der Verdacht gegen das bis jetzt vollständig unbescholtene Mädchen ganz unhaltbar ist. m. g.

## Frauenstimmrecht.

I. K. Das allgemeine Wahlrecht für alle großjährigen Engländer und Engländerinnen fordert ein Antrag, den der liberale Abgeordnete Geoffrey Howard im englischen Unterhause eingebracht hat, und über den am 19. März in zweiter Lesung verhandelt werden sollte. Der Antrag enthält die Forderungen, welche die sozialdemokratische Partei, die Arbeiterpartei und die Gewerkschaften auf ihren Kongressen in den letzten Jahren wieder und



wieder zur Wahlrechtsreform erhoben haben, und die auch von der Adult Suffrage Society — der von den Genossinnen geleiteten Wahlrechtsorganisation — mit allem Nachdruck vertreten und dem Begehren der Frauenrechtlerinnen nach dem beschränkten Damenwahlrecht entgegengesetzt werden. Der Initiativantrag Howards wird von der Arbeiterpartei und auch von manchen liberalen Abgeordneten unterstützt. Er fordert, daß das Wahlrecht allen großjährigen Männern und Frauen zuerkannt wird, die vor dem 15. Juli eines jeden Jahres dreimonatige Seßhaftigkeit in einem Ort nachweisen können. Er bezweckt also eine weitgehende Demokratisierung des Wahlrechts, denn er entspricht dem Grundsatz: jedem großjährigen Manne, jeder großjährigen Frau eine Stimme ohne Unterschied des Besitzes, des Einkommens, der Bildung, der gesellschaftlichen Stellung. Die Verwirklichung dieses Grundsatzes würde all den schreienden Vorrechten des Geldbeutels, der sozialen Stellung, des Amtes ein Ende bereiten, die heute noch das Wahlrecht in England verfälschen und verhunzen, Millionen Ausgebeuteter des Bürgerrechts berauben und manchen Gliedern der bürgerlichen Klassen ein Pluralvotum einräumen. Gleichzeitig darf der Antrag den Vorzug beanspruchen, daß er das Wahlrecht und was damit zusammenhängt vereinfachen würde. Die Bedingungen, an die jetzt der Besitz des Wahlrechts und die Eintragung in die Wählerlisten geknüpft ist, sind so verworren, verwickelt und schwer verständlich, öffnen derart arbeitserfeindlichen Praktiken Tür und Tor, daß sie das geltende Unrecht gegen die arbeitenden Massen noch vergrößern. Das Erscheinen des Antrags im englischen Parlament darf außerdem das Verdienst beanspruchen, einem großen Teil der englischen Frauenrechtlerinnen die heuchlerische Maske der Demokratie vom Gesicht gerissen und sie als ganz gewöhnliche Verfechterinnen der Vorrechte des Besitzes enthüllt zu haben. Die Wirkungen, die er in dieser Hinsicht gezeitigt hat, bestätigen nur in der unanfechtbarsten Weise, gleichsam offiziell, was in diesem Blatt auf Grund vielseitiger Tatsachen schon des öfteren nachgewiesen worden ist. Lassen wir auch heute wieder Tatsachen reden, die steinernen Dinger. Der „Nationalverband der Frauenstimmrechtsvereine“ (National Union of Suffrage Societies) hat sich ganz entschieden, aber unter den sadenscheinigsten Gründen gegen den Antrag Howard erklärt. Unter anderem macht der Verband geltend, daß der Antrag der Frauenstimmrechtsvereine „viele ihrer Freunde entfremden würde“, lies: die reichen konservativen Damen und Herren, welche — wie sie oft genug verblümt und unverblümt ausgesprochen haben — das Damenwahlrecht als Bollwerk gegen das allgemeine Wahlrecht aller Großjährigen und die „Begehrlichkeit“ der Massen heischen. Louisa Knightley, die Vorsitzende des „Konservativen und Unionistischen Frauenstimmrechtsverbandes“ (Conservative and Unionist Women's Franchise Association) hat im Namen dieser Organisation „mit dem größten möglichen Nachdruck ihre vollständige Mißbilligung“ des Antrags ausgesprochen, weil er „auf dem allgemeinen Wahlrecht beruht und von einem ganz neuen und revolutionären Charakter ist“. Mrs. Fawcett, eine der angesehensten frauenrechtlerischen Führerinnen im Kampfe für das Frauenwahlrecht, hat in den „Times“ vom 15. März „im Namen der Gesamtheit der Frauenstimmrechtsorganisationen den Antrag zurückgewiesen“ und „in den stärksten Ausdrücken gegen ihn protestiert“. Die Liste ähnlicher frauenrechtlerischer Proteste könnte geradezu unendlich verlängert werden. Besonders herrlich nimmt sich die Erklärung einer Frauenrechtlerin aus, sie sei gegen das allgemeine Wahlrecht, weil dank ihm die Frauen eine Mehrheit bekommen würden, da sie ja die größere Hälfte der Bevölkerung bilden. Fast in allen frauenrechtlerischen Protesten gegen den Antrag Howard schaut die Angst der Besitzenden vor der politischen Macht der ausgebeuteten Massen hinter den „grundsätzlichen und taktischen Erwägungen“ heraus. Was jedoch von seiten bürgerlicher Frauenrechtlerinnen begreiflich und damit geschichtlich entschuldbar ist, wird unverständlich und unverzeihlich, wenn es von Frauen geschieht, die sich Sozialistinnen, Genossinnen nennen. Das Unbegreifliche ist aber in England Ereignis geworden. Genossinnen, die schon bis jetzt mit den Damenwahlrechtlerinnen durch dick und dünn gegangen sind, machen auch jetzt den reaktionären Feldzug gegen das allgemeine Wahlrecht mit. Allerdings mit einer anderen als der frauenrechtlerischen Begründung, aber auch die ist danach! Die Forderung des allgemeinen Wahlrechts, so erklären diese sonderbaren Heiligen, sei eine zu radikale, denn sie werde nie die Zustimmung des Oberhauses finden! Ja, wenn die Sozialisten nur Maßnahmen fordern wollen, die der Annahme durch das Oberhaus sicher sind, dann können sie sich begraben lassen, dann werden sie binnen kurzem dem Volke gerade so verächtlich sein wie die liberale Regierung, die auch aus Rücksicht auf die Billigung der

hohen Herren ihr eigenes Reformprogramm nicht zu verwirklichen wagt. Im Gegensatz zu den erwähnten Kreisen haben sich die reinen Arbeiterinnenorganisationen, ebenso wie Genossinnen, die in diesen tätig sind, wie die Genossinnen Macarthur, Bondfield, Glasier usw. für den Antrag Howard ausgesprochen. Es versteht sich, daß die Adult Suffrage Society zu seinen Gunsten eine ungemein rührige Tätigkeit entfaltet und sich besonders angelegen sein läßt, die gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zum energischen Eintreten für das allgemeine Wahlrecht aller Großjährigen in die Arena zu rufen. Auch das Organ der sozialistischen Frauengewerkschaften verfährt mit Eifer und Geschick die Forderung und sucht besonders die Arbeiterinnen für sie zu gewinnen. So fehlt es nicht an Bemühungen, eine große und zielklare Volksbewegung für das allgemeine Wahlrecht in Fluß zu bringen. Und eine solche Volksbewegung allein ist es, welche die Demokratisierung des Wahlrechts erzwingen wird.

J. W. Askew.

**I. K. Heraus mit dem allgemeinen Wahlrecht für alle Großjährigen**, das ist die Losung, für welche die Adult Suffrage Society unermüdet wirkt. Besonders läßt die Organisation sich angelegen sein, diese demokratische Forderung der Verfälschung und Verhöhnung des demokratischen Prinzips entgegenzuhalten, welche das beschränkte Damenwahlrecht bedeutet. Kürzlich nützte führende Genossinnen eine große Versammlung des „Nationalverbandes der Frauenstimmrechtsvereine“ in Reading dazu aus, in der Lady Frances Walfour und Mrs. Philipp Snowden Referentinnen waren. Der „Verein für das allgemeine Wahlrecht aller Großjährigen“ (Adult Suffrage Society) verteilte in der Versammlung Flugblätter, in denen Lady Walfours Wunsch mitgeteilt ward, daß das „beschränkte Wahlrecht so gut wie sicher eine Schutzwehr gegen einige der extremsten Forderungen der Ultraradikalen sein werde, wie zum Beispiel das allgemeine Wahlrecht“. Das Flugblatt bewirkte, daß Mrs. Snowden mit Zischen begrüßt wurde, weil sie eine so ausgesprochen antidemokratische Maßregel wie das Damenwahlrecht verteidigen wollte. Noch ehe, daß sie oder Lady Walfour für die reaktionäre Forderung eintreten konnten, schlug Genossin Montefiore, die Schriftführerin der Adult Suffrage Society, aus der Mitte der Versammlung eine Resolution zugunsten des allgemeinen Wahlrechts vor. Mrs. Snowden wurde natürlich vergeblich aufgefordert, die Resolution zu unterstützen, dafür ward diese von der Versammlung mit Beifall aufgenommen. Nach englischer Gepflogenheit hat der Vorstand des Vereins an den Premierminister die Anfrage gerichtet, ob er eine Deputation empfangen würde, die Näheres über die Wahlrechtsreform zu erfahren wünsche, die er selbst in der letzten Parlamentssession angekündigt habe. Der Minister erklärte mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß seine öffentlichen Verpflichtungen ihm nicht gestatteten, die Deputation zu empfangen. Mit anderen Worten: er wollte vermeiden, Positives über die Stellungnahme der Regierung zum allgemeinen Wahlrecht zu sagen. Bei der Eröffnung der Parlamentssession gingen Mitglieder der Adult Suffrage Society im Zuge der demonstrierenden arbeitslosen Frauen. Sie trugen sogenannte „Sandwichplakate“ — große Plakate, die auf Brust und Rücken der Träger angeschnaht sind —, auf denen das allgemeine Wahlrecht gefordert wurde. Für Ende April plant der Verein in Verbindung mit sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen eine große Demonstration für das allgemeine Wahlrecht. Er darf sich ein großes Verdienst daran zusprechen, daß die Forderung in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gehoben wird.

**I. K. Eine sozialistische Niederdemonstration für das Frauenwahlrecht in den Vereinigten Staaten.** Der 28. Februar bildet einen Markstein in der noch sehr jungen Geschichte unserer amerikanischen sozialistischen Frauenbewegung. Einer Anregung des Nationalkomitees nachkommend, hat die Sozialistische Partei im ganzen Lande, vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean, diesen Tag als „nationalen Frauenstimmrechtstag“ würdig begangen. Allenthalben wurden enthusiastische Versammlungen abgehalten, über tausend an der Zahl, in denen sozialistische Redner und Rednerinnen die Frauenfrage vom sozialistischen Standpunkt erörterten. Eine ungeheure Menge sozialistischer Propagandaliteratur wurde dabei verteilt. Die „New Yorker Volkszeitung“ und der „New York Evening Call“ sowie der „Chicago Daily Socialist“ und das sozialistische Frauenorgan „Progressive Woman“ („Fortschrittliche Frau“) waren zu diesem Tage als besondere Frauenstimmrechtsnummern erschienen. Die Frauenstimmrechtsbewegung hat während der letzten zwei bis drei Jahre überhaupt in den Vereinigten Staaten einen starken Aufschwung genommen; aber noch nie zuvor wurde eine so gewaltige Demonstration zugunsten des vollen politischen Bürgerrechts des weiblichen Geschlechts ver-



anstaltet wie die vom 28. Februar, welche von keiner Frauenorganisation getragen wurde, sondern von einer emporblühenden politischen Partei, die bereits eine Mitgliedschaft von 50 000 Männern und Frauen umfaßt. Der sozialistische Frauenstimmrechtsantrag hat denn auch in weiten Kreisen Aufsehen erregt, und die gesamte kapitalistische Presse, welche sonst sozialistische Veranstaltungen allgütern toischweigt, war gezwungen, davon Notiz zu nehmen. m. st.

**I. K. Eine offizielle Auseinandersetzung über das Frauenstimmrecht** findet alljährlich in Albany, der Hauptstadt des Staates New York, vor dem Justizkomitee der gesetzgebenden Gewalt statt. Vor diesem parlamentarischen Ausschuss erscheint jedesmal eine starke Delegation von Frauenstimmrechtlerinnen sowie eine Delegation jener beklagenswerten Feindinnen ihres eigenen Geschlechts, der Antifrauenrechtlerinnen. Beide entwickelten vor dem Justizkomitee ihre Gründe für und wider das Frauenstimmrecht. Die „Socialist Party“, welche im vorigen Jahre bei dem offiziellen Empfang zum erstenmal vertreten war, hat dazu in diesem Jahre wieder ihre Delegierten entsandt. Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, die den Sozialismus noch mehr fürchten, als sie das Stimmrecht begehren, legten der Meinungsäußerung der Sozialdemokraten allerlei Schwierigkeiten in den Weg, so daß es der sozialistischen Delegierten Frau Anita C. Block nur mit größter Mühe gelang, das Wort zu erhalten, und ihr wie ihrem Mitdelegierten wurden nur je fünf Minuten Redezeit gegeben. Daraufhin verzichtete Genossin Block zugunsten ihres Mitdelegierten auf ihre Ansprache und stellte diesen, den bekannten sozialistischen Schriftsteller und Redner, John Spargo, mit folgenden Worten vor: „Ich freue mich, Ihnen den einzigen Mann vorzustellen, der heute hierher gekommen ist, um die Sache der Frauen zu verfechten, und ich bin stolz darauf, daß dieser Mann ein Vertreter der Sozialistischen Partei ist.“ Genosse Spargo hielt eine treffliche Ansprache, in der er die Stellung des Sozialismus der Frauenbewegung gegenüber kurz begründete. Trotz der vorausgegangenen stillen Opposition der versammelten Frauenrechtlerinnen ernteten seine Ausführungen reichen Beifall. m. st.

**I. K. Das kommunale Frauenwahlrecht in Dänemark** hat nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten sieben Frauen in der Stadtverordnetenversammlung von Kopenhagen ein Sitz und Stimme verliehen. Zwei der weiblichen Stadtverordneten sind Sozialdemokratinnen, zwei bürgerliche Radikale, zwei Konservative und die siebente wurde als unabhängige Kandidatin bürgerlicher Frauenrechtlerinnen gewählt. Wir werden über die Wahlen noch ausführlich berichten.

**I. K. Vom Kampf um das politische Bürgerrecht der Frauen in Oesterreich.** Im Monat Januar wurde bekanntlich das österreichische Abgeordnetenhaus geschlossen, weil die nationalen Leidenschaften einen solchen Grad erreicht hatten, daß eine parlamentarische Verhandlung nicht mehr möglich war. Die farbigen Bänder und der Bummel deutscher Studenten am Graben zu Prag hatten den nationalen Kräfte auf der Straße entsacht, die wahnsinnigen Heterereien der tschechischen Nationalen, die kein deutsches Wort in den Straßen Prags mehr dulden wollten, hatten ihn geschürt. Nun setzte sich das sinnlose Loben im Parlament fort. Es genügte die Redewendung eines Ministers, der jede beleidigende Absicht fernlag, um den Reichsrat in eine Hausbude zu verwandeln. Es wurde getrommelt, gepfiffen, geblasen, Automobilhupen und Nebelhörner ertönten. Ein deutschnationaler „Vollvertreter“ erbat sich von einem tschechischen „Feind“ das Nebelhorn zum Probieren. Daran konnte man ungefähr erkennen, wie sehr die Nationalen auf beiden Seiten Komödie spielen. Die Regierung fand es in der Situation für das bequemste, das Parlament zu schließen und die Abgeordneten nach Hause zu schicken. Durch die Schließung der Session waren alle schon eingebrachten Anträge hinfällig. Als daher am 10. März das Parlament wieder eröffnet wurde, hat auch die sozialdemokratische Fraktion alle Anträge aufs neue gestellt, die sie schon im Laufe der vorherigen Session eingebracht hatte und die noch nicht erledigt waren. Unter diesen Anträgen befindet sich auch ein Antrag des Genossen Adler, der die Abänderung der Wahlordnung fordert, und zwar Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen und Herabsetzung des Wahlrechtsalters auf 21 Jahre. Genosse Bernerstorfer beantragt die Abänderung des Vereinsgesetzes, vor allem die Aufhebung der Beschränkungen, die für den Beitritt der Frauen zu politischen Vereinen bestehen. Es versteht sich, daß beide Anträge, welche für das weibliche Geschlecht die volle politische Gleichberechtigung verlangen, im Namen der sozialdemokratischen Fraktion gestellt worden sind. Die politischen Organisationen der Proletarierinnen werden bestrebt sein, den erhobenen Forderungen Nachdruck zu verleihen, um ihnen zum Siege zu verhelfen. a. p.

## Weibliche Fabrikinspektoren.

Die Aufstellung mindestens einer Beamtin für jeden preussischen Gewerbeinspektionsbezirk hat im Hause der Dreilassenschmach die sozialdemokratische Fraktion in einem Antrag gefordert, der überhaupt eine bessere Ausgestaltung der Fabrikinspektion bezweckte. Außer der bereits hervorgehobenen Forderung verlangte er noch, daß Ärzte und Arbeiter zur Gewerbeaufsicht hinzugezogen werden. Genosse Borgmann begründete den Antrag in einer längeren sachkundigen Rede. An der Hand von reichem Material stellte er einleitend die lässige Durchführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes fest, hob hervor, daß es fast ausschließlich das Verdienst der Sozialdemokratie und Gewerkschaften ist, auf Mängel und Mißstände in der Gewerbeordnung hingewiesen zu haben, und übte scharfe Kritik an jener sogenannten „Mittelstandspolitik“, welche die soziale Gesetzgebung vor den Handwerksbetrieben haltmachen lasse, wo recht oft die schamlose Ausbeutung der Arbeitskräfte an der Tagesordnung sei. Ohne ärztliche Sachkenntnis, führte Genosse Borgmann weiter aus, sind die untersuchenden und kontrollierenden Beamten der Gewerbeaufsicht nicht in der Lage, die einschlägigen Verhältnisse richtig zu beurteilen, wie es im Interesse der Arbeiter notwendig wäre. Auch die Hinzuziehung von Kräften aus der Arbeiterschaft zur Fabrikinspektion ist vollauf gerechtfertigt, da nur sie viele Dinge mit Sachkenntnis zu beurteilen vermögen. Die sozialdemokratische Forderung, die Anstellung zahlreicher Gewerbeaufsichtsbeamtinnen betreffend, findet ihre Begründung in zwei Tatsachen: die weibliche Arbeitskraft dringt immer mehr in die Industrie ein, und die Arbeiterinnen haben viel mehr Vertrauen zu weiblichen Aufsichtsbeamten als zu männlichen. Genosse Borgmann verwies darauf, daß das, was der sozialdemokratische Antrag fordere, in manchen Bundesstaaten bereits beginne, verwirklicht zu werden. Die bayerische Regierung zum Beispiel unterstützte die Anstellung eines Arztes bei der Fabrikinspektion wie folgt:

„Mit dem 1. Januar 1907 ist bei dem Staatsministerium des königlichen Hauses und des Äußern ein Landesgewerbearzt als hygienischer Berater der Gewerbeaufsichtsbeamten angestellt worden. Ihm ist als selbständige Tätigkeit die Ausführung von Betriebsbesichtigungen in gesundheitsgefährlichen Gewerbebezügen, einschließlich der Hausindustrie, dann die Untersuchung gewerblicher Erkrankungen, namentlich Vergiftungen, und die Begutachtung von Maßnahmen zur Verhütung solcher Erscheinungen übertragen. Die Wirksamkeit seiner Tätigkeit hängt wesentlich davon ab, daß er förderliche Unterstützung bei den beamteten Ärzten und bei mit der Arbeiterversicherung, namentlich der Krankenversicherung, besetzten Stellen findet. Die Bezirksärzte haben dem Landesgewerbearzt dienstfreundlich entgegenzukommen, ihre Beobachtungen unaufgefordert mitzuteilen und bei der Ärzteschaft ihrer Bezirke dahin zu wirken, daß auch diese den Landesgewerbearzt tunlichst unterstützen. Die öffentlichen Krankenkassen werden ohne besonderen Aufwand an Zeit und Kosten imstande sein, dem Landesgewerbearzt auf sein Ersuchen erforderliche Aufschlüsse zu erteilen und von wichtigen Erscheinungen unaufgefordert Mitteilungen zu machen. Besonderer Wert ist darauf zu legen, daß gewerbliche Erkrankungen und Vergiftungen, auch verdächtige Fälle rechtzeitig dem Landesgewerbearzt bekannt werden.“

Genosse Borgmann konnte mit Recht erklären, daß die Stellungnahme der bayerischen Regierung ein neuer Beweis dafür sei, daß Preußen in der Welt hintend rein hinkt, wenn es sich um sozialpolitische Reformen handelt. So berechtigte Forderungen der sozialdemokratische Antrag im Interesse der Ausgebeuteten erhob, so wenig energische und ernste Unterstützung fand er seitens der bürgerlichen Parteien des Geldparlamentes, ob sie mit schamloser Offenheit eine arbeitserfindliche Politik treiben wie die Konservativen, oder eine heuchlerisch geschminkte wie das Zentrum, die Nationalliberalen und der Rest. Der Konservative Hammer war außer sich über die Zumutung, zur Kontrolle über die Beobachtung der Gesetzesvorschriften Arbeiter heranzuziehen. Werde ihr nachgegeben, so komme man, sieht er voraus, auf den besten Weg, — o Graus! — bald in jeder Werkstatt zu kontrollieren. Minister Delbrück suchte nachzuweisen, daß es nichts Idealeres gibt, als die preussische Sozialgesetzgebung. In Preußen hätte man schon eine übergroße Anzahl von Gewerbeaufsichtsbeamten. Was die Zuziehung von Frauen zur Fabrikinspektion betrifft, so werde jedes Jahr eine neue Beamtin angestellt, und dies Tempo des Vorgehens genüge vollkommen. Die Beteiligung der Arbeiter an der Ausübung der Gewerbeaufsicht halte er für höchst unzweckmäßig. Das Zentrum, das Arbeiter in seinem Schlepptau hat, konnte sein unternehmerfürchtiges Herz nicht zu offen enthüllen.



Sein Redner lehnte den sozialdemokratischen Antrag nicht ab, meinte aber, in manchen Gewerbeinspektionsbezirken, wie zum Beispiel in Essen, seien Assistentinnen überflüssig, da dort die Anzahl der gewerblich tätigen Frauen gering sei. Sollten die Herren vom Zentrum tatsächlich nicht wissen, daß im Königreich Krupp viele Tausende Männer so erbärmlich entlohnt werden, daß die Frauen in großer Zahl zur Heimarbeit unter den elendesten Bedingungen gezwungen sind? Genosse Hirsch trat den Ausführungen des Zentrumsmannes entgegen und befürwortete eindringlich die Anstellung von Assistentinnen. Die Nationalliberalen brauchten den Luxus einer Arbeiterfreundlichkeit à la Zentrum nicht, sie waren daher „ganz und gar“ mit den Ausführungen des Herrn Ministers einverstanden, daß der sozialdemokratische Antrag unausführbar und unannehmbar sei. Der sozialdemokratische Antrag wurde schließlich der Kommission für Handel und Gewerbe überwiesen. Die Arbeiterinnen werden sich keinen Illusionen darüber hingeben, was das Dreiklassenhaus aus ihm macht.

Eine zweite Beamtin für die Gewerbeaufsicht in Finnland ist von dem Industrieminister des Landes in Aussicht genommen. In Finnland marschiert die Sozialreform schneller als in Preußen.

### Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Von der sozialistischen Frauenbewegung in den Vereinigten Staaten. Das nationale Frauenkomitee der Socialist Party (Sozialdemokratische Partei), welches im Mai vorigen Jahres auf dem nationalen Parteikongress in Chicago begründet wurde, verschickte an alle örtlichen Organisationen der Partei ein Rundschreiben, in welchem es die Bildung lokaler Frauenkomitees dringend empfahl. Es ist bereits damit begonnen worden, solche Komitees zu bilden, deren Aufgabe es sein wird, mehr Frauen zur Tätigkeit innerhalb der Partei heranzuziehen. Das nationale Frauenkomitee hat ferner eine Reihe von Flugschriften herausgegeben, die der sozialistischen Agitation unter den Frauen dienen. Während das nationale Frauenkomitee und die lokalen Frauenkomitees auf diese Weise innerhalb der Partei tätig sind, wirkt eine andere nicht minder rege und viel versprechende Frauenorganisation außerhalb der Partei für dasselbe Ziel. Die „Socialist Women's Society“, welche vor acht Monaten ins Leben gerufen wurde, stellt es sich zur Aufgabe, hauptsächlich solche Frauen zu erfassen, die der Bewegung noch fernstehen und also nicht durch die Partei selbst erreicht werden können. Der Verein wirkt hauptsächlich erzieherisch mittels Vorträgen, Vortragskursen, Diskussionen, Lesezirkeln usw. Der schon seit elf Jahren bestehende deutsche „Sozialdemokratische Frauenverein“ hat sich unlängst mit der neuen Organisation zusammengeschlossen, und beide wirken nun vereint als „Socialist Women's Society“, die zurzeit aus elf deutschen, sechs englischen und einer jüdischen Zweigorganisation besteht. Die „Socialist Women's Society“ hat an den Veranstaltungen zum nationalen Frauenstimmrechtstage regen Anteil genommen und bereitet sich jetzt auf eine Demonstration zur internationalen Maimfeier vor.

### Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Die Tätigkeit der Frauen im Dienste der Gemeinde Charlottenburg ist umfangreicher und vielseitiger, als sich dies mit dem üblichen Maß bürgerlichen Unverständnisses auf kommunalpolitischem Gebiet verträgt. Nach einer Mitteilung des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung wirkten in der Armenpflege von Charlottenburg 3 Frauen als Mitglieder der Armenkommission, 18 als Armenpflegerinnen, 6 als besoldete Kräfte in der Auskunftsstelle und 1 als besoldete Oberin des Bürgerhauses. In der Waisenspflege waren Frauen tätig: 3 als beratende Mitglieder der Deputation für die Waisenspflege, 8 als Mitglieder der Pflegestellen- und Kleiderprüfungscommission, 148 als Waisenspflegerinnen, 108 als Pflegerinnen des freiwilligen Erziehungsbeirats, 2 als besoldete Angestellte im Pflegestellenwesen, 2 ebenfalls in der Generalvormundschaft. Die Deputation für Gesundheitspflege hat in der Lungentranenfürsorge 5, in den Stellen für Säuglingsfürsorge und Vorerziehung 8 Schwestern angestellt; ehrenamtlich betätigen sich gerade in der Säuglingsfürsorge zahlreiche Frauen. Auf dem Gebiet des Schulwesens stehen die Dinge wie folgt: eine Lehrerin ist Mitglied der Schuldeputation, die Leitung der Mädchenfortbildungsschule ruht in der Hand einer Lehrerin, der Kindergarten hat ebenfalls weibliche Leitung, es amtiert eine Schulärztin, Lehrerinnen sind mit der Aufsicht über die Haushaltungsschulen betraut. Lehrerinnen und andere Frauen haben wiederholt an Beratungen und Besprechungen der kommunalen Verwaltung

teilgenommen. Die Stadtverordnetenversammlung von Charlottenburg hat im Herbst letzten Jahres eine noch weitere Heranziehung des weiblichen Geschlechts zur kommunalen Verwaltung beschlossen, der bündigste Beweis dafür, daß die Arbeit der Frauen sich bewährt hat. Trotzdem haben sich bis jetzt die wenigsten Gemeinden in Preußen und dem übrigen Deutschland ein Beispiel an dem lobenswerten Vorgehen von Charlottenburg genommen.

Als Assistentärztin am städtischen Elisabeth-Krankenhaus zu Aachen, das unter der Leitung des Professors Dr. Wesener steht, ist mit dem 1. Januar d. J. Fräulein Dr. med. Danielevicz eingetreten. Dem Vernehmen nach stehen der Dame aus ihrer früheren ärztlichen Tätigkeit die besten Zeugnisse zur Seite. Zunächst ist sie mit der Behandlung der Kinderkrankheiten betraut.

Eine offizielle Verteidigerin für jugendliche Angeklagte bei der Strafkammer zu Hamburg ist zugelassen worden. Es ist Fräulein Dr. jur. Anna Schulz, Leiterin der Hamburger Zentrale für Jugendfürsorge. Die Vergehen Jugendlicher, die vor die Strafkammer kommen, sind Urkundenfälschung, Betrug und Bettel.

Zum Mitglied des 168. Gemeindevorstandes in Berlin wurde von den städtischen Körperschaften Frau Görnig ernannt, die Gattin eines Fabrikarbeiters. Daß eine Proletarierin in Deutschland mit einem öffentlichen Amt betraut wird, ist noch seltener, als daß eine bürgerliche Frau ein solches erhält.

### Frauenbildung.

Eine Frauenrechtsdebatte fand jüngst im weimarischen Landtag statt. Die Veranlassung hierzu gab ein Gesuch der Vereine Frauenbildung, Frauenstudium und Frauenwohl in Jena, die um die Zulassung von Mädchen in die Oberrealschule dieser Stadt ersuchten. Der Petitionsausschuß hatte den Antrag gestellt, das Gesuch in dieser Form abzulehnen, aber der Regierung als Material die in dem Gesuch enthaltene Forderung zu überweisen, Mädchen in die höheren Knabenschulen des Landes zuzulassen. Die Regierung zeigte sich in der Sache nicht besonders entgegenkommend. Die Zulassung von Mädchen in die höheren Knabenschulen, so erklärte ihr Vertreter, könne immer nur ganz ausnahmsweise einmal geschehen. Die Frage aber, eine dem Gesuch entsprechende höhere Mädchenschule zu schaffen, sei noch nicht spruchreif. Eine der bestehenden höheren Mädchenschulen im Lande so auszubauen, daß sie Schülerinnen zum Universitätsstudium vorbereiten könne, koste jährlich mindestens 15000 bis 20000 Mk. Eine solche Summe vermöge das kleine Großherzogtum bei der jetzigen Finanzlage nicht für ähnliche Zwecke aufzuwenden. Der freisinnige Lehrer, Abgeordneter Polz, strich darauf die Erfolge heraus, welche die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen erzielt haben. Als unser Genosse, Abgeordneter Baudert, darauf über die Bestrebungen der sozialdemokratischen Frauenbewegung sprach und betonte, daß diese sich in jeder Beziehung, bezüglich ihres Umfangs wie ihrer Erfolge mit allen bürgerlichen Gruppen der Frauenrechtlerinnen messen könne, mußte der Abgeordnete Polz diese Feststellung mit einem „Sehr richtig!“ bestätigen. Obwohl im Verlauf der längeren Debatte der Antrag gestellt wurde, die allgemeine Forderung auf Zulassung von Mädchen zu den höheren Knabenschulen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, fand sich doch dafür eine genügende Mehrheit im Landtage nicht zusammen. Der Antrag war schon im Ausschuss von unserem Genossen Baudert gestellt worden. Zur Begründung hatte er darauf hingewiesen, daß es das erstrebenswerte Ziel sein müsse, allen Mädchen, die nach einer höheren Bildung verlangen, auch Gelegenheit zu geben, sich eine solche anzueignen. Obwohl zurzeit noch nicht daran zu denken sei, daß die Töchter der arbeitenden Bevölkerung von den höheren Mädchenschulen einen direkten Vorteil hätten, trete er mit seinen Freunden aus prinzipiellen Gründen für die erhobene Forderung ein. Außer unseren drei Genossen Baudert, Beck und Leber stimmte nur ein Teil der liberalen Abgeordneten für deren positive Berücksichtigung. Der andere Teil der Liberalen ging mit den Agrarconservativen zusammen. Dieser Ausgang ist erklärlich, wenn man sich vor Augen hält, daß im weimarischen Landtag bei der Mehrheit der Abgeordneten für Fraueninteressen kein Verständnis vorhanden ist, weil die Mehrheit agrarisch ist, und ein richtiger Agrarier nur für solche Vorlagen stimmt, bei denen er etwas profitiert.